

Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen der DDR



Vom schweren Anfang

Wilfried Hanisch

Heft 1

Beiträge zur Geschichte
der Grenztruppen der DDR

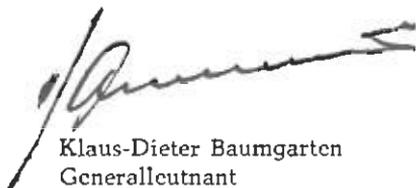
Vom schweren Anfang

Wilfried Hanisch

Heft 1

Diesen Wesenszug sozialistischer Sicherheits- und Militärpolitik in seiner unabänderlichen Gültigkeit für den Dienst zum Schutze der Staatsgrenze gestern, heute und morgen verständlich und anschaulich verdeutlicht zu haben – dafür den Autoren und dem Redaktionskollektiv unseren Dank.

Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung
und Chef der Grenztruppen der DDR

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Baumgarten', written in a cursive style.

Klaus-Dieter Baumgarten
Generalleutnant

1. Deutsche Grenzsicherungsorgane neuen Charakters

War die Entscheidung richtig? Diese schwerwiegende Frage stellte sich der junge Volkspolizist, als er die Kreispolizeibehörde verließ. Soeben hatte er dem Genossen von der Landespolizeibehörde seine Bereitschaft erklärt, Dienst an der Demarkationslinie zu verrichten. Natürlich konnte er diesem Genossen vertrauen. Schließlich kannte er ihn schon länger, wußte um dessen antifaschistischen Kampf und jahrelange Haft im faschistischen Konzentrationslager. Vor Monaten hatte ihn der gleiche Genosse für die Volkspolizei geworben – ihn davon überzeugt, obwohl er nie wieder ein Gewehr anfassen oder eine Uniform anziehen wollte. Der demokratische Neuaufbau brauche Ordnung und Sicherheit, also auch eine neue Polizei, in der klassenbewußte Arbeiter, Antifaschisten das Sagen hätten. Jetzt drohe Gefahr aus den Westzonen, Schieber und Banden trieben ihr Unwesen, ihnen müsse Einhalt geboten werden, argumentierte der Genosse. Dafür brauche man bewährte Volkspolizisten, und er habe in den vergangenen Monaten bewiesen, daß er politisch überlegt und zuverlässig sowie diszipliniert handeln könne.

Zweifellos war das eine Anerkennung, die wohltat. Aber nun schon wieder die Familie verlassen? Wie lange würde es dauern?

Solche und ähnliche Gedanken bewegten in den Novembertagen des Jahres 1946 mehrere hundert Angehörige der noch jungen Volkspolizei in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Es gab viele Diskussionen, schließlich war es nicht einfach, diesen Schritt zu tun. Aber die Argumente der Älteren, an der Demarkationslinie die neue Ordnung zu schützen, zusammen mit den Genossen von der Sowjetarmee, die die Hauptlast bei der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus getragen hatte, überzeugten die jungen Volkspolizisten.

Es meldeten sich aber auch junge Arbeiter, die nach dem furchtbaren Krieg mithelfen wollten, die ersten Aufbauerefolge zu sichern. Zu ihnen gehörte beispielsweise der 23jährige Uhrmacher Gerhard Eckardt aus Ruhla, der sich am 1. Dezember 1946 in Mühlhausen im Böhntalsweg bei der Grenzpolizei meldete. Als einer der ersten Grenzpolizisten des Gruppenpostens Berka/Werra versah er seinen Dienst im Grenzabschnitt Dankmarshausen-Gerstungen.

Obwohl nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden waren – es stand außer Zweifel: Die Weisungen der Chefs der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in den fünf Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone – im Land Mecklenburg-Vorpommern, in der Provinz Sachsen-Anhalt, in der Provinz Brandenburg, im Land Thüringen und im Land Sachsen – mußten erfüllt werden, bis zum 1. Dezember auf Länderebene Grenzpolizeieinheiten zu formieren. Das war schon deshalb

ДИРЕКТИВА № 16**Вооружение германской полиции**

Контрольной Совет приказывает следующее:

1. Германская полиция должна быть вооружена как можно скорее, чтобы она могла принять активное участие в поддержании закона и порядка; она должна быть вооружена на следующих условиях:

- a) В вооружение полиции не будет входить автоматическое или какое-либо другое оружие, за исключением пистолетов, револьверов и дубинок, а в сельских местностях и в пограничных районах-арабанах.
- b) Германская полиция будет вооружена огнестрельным оружием негерманского производства, чтобы облегчить контроль над огнестрельным оружием и боеприпасами, сосредоточенными в ее руках, и исключить всякую возможность для продолжения производства немцами огнестрельного оружия и боеприпасов.
- c) Все огнестрельное оружие, выдаваемое германской полиции, должно быть ясно помечено, чтобы облегчить контроль.
- d) На один из видов полиции не будет вооружен до тех пор, пока не будет проведена очистка их от надписанных элементов, а также, пока не будет устранен весь персонал, правдиво настроенный в Военному Управлению Германии.
- e) До выдачи оружия офицер общественной безопасности должен будет обеспечить и проверить степень подготовки и умение обращаться с оружием.
- f) Приобретение и выдача огнестрельного оружия и боеприпасов для полиции будет контролироваться, согласно обязательных списков, имеющихся в каждом полицейском подразделении; об утере оружия немецкая полиция должна немедленно сообщать соответствующим Военным Властям в письменной форме.

2. До получения и выдачи огнестрельного оружия негерманского производства германская полиция может быть вооружена любым оружием, за отсутствием того, какое было предусмотрено в 1.

Составлено в Берлине
6 ноября 1945 г.

Генерал Армин В. СОБОЛЮКОВИЧ
Генерал-майор О. Н. ДВОРАК
Генерал-лейтенант Б. Г. РОБЕРТСОН
Генерал-лейтенант Л. ВЕЛЛИ

DIREKTIVE Nr. 16**Bewaffnung der deutschen Polizei**

Der Kontrollrat verfügt wie folgt:

1. Um die deutsche Polizei in die Lage zu versetzen, sich so der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung tatkräftig beteiligen zu können, muss sie so bald wie möglich mit Waffen ausgestattet werden. Die Neubewaffnung wird unter folgenden Bedingungen erfolgen:

- a) Mit Ausnahme der Gendarmerie und der Grenzpolizei, die mit Karabinern ausgestattet werden können, wird die Polizei keine gleich automatisch Waffen oder andere Waffen zugeteilt bekommen als Pistolen, Revolver und Knüttel.
- b) Um die Überwachung von Feuerwaffen und Munition in deutschen Besitze zu erleichtern und jede Rechtfertigung für die weitere Herstellung von Feuerwaffen und Munition in Deutschland auszuschalten, wird die Neubewaffnung der deutschen Polizei durch die Zuteilung von außerhalb Deutschlands hergestellten Feuerwaffen erfolgen.
- c) Um die Aufsicht über die an die deutsche Polizei ausgehändigten Waffen zu erleichtern, werden alle Waffen mit einem deutlichen Kennzeichen versehen.
- d) Die Neubewaffnung der Polizeibeamten darf erst nach der Durchführung der Entnazifizierung und der Entlassung aller der Militärregierung feindlich gesinnten Elemente stattfinden. Weiterhin wird das Personal der Polizei erst nach seiner Ausbildung in den ihr zugewiesenen Aufgaben wieder bewaffnet werden.
- e) Vor der Ausgabe von Waffen muß ein alliierter Beamter des Öffentlichen Sicherheitsdienstes der Militärregierung für den guten Erfolg der Ausbildung bürgen und die Versicherung abgeben, daß die Neubewaffnung gerechtfertigt ist.
- f) Die Überwachung der Beschaffung und Verteilung der Polizeiwaffen und Munition wird durch die Forderung einer schriftlichen Buchführung über den Waffenbestand seitens jeder Polizeistelle erfolgen. Der Verlust einer Waffe muß von der deutschen Polizei unverzüglich der Militärregierung schriftlich gemeldet werden.

2. Bis zur Beschaffung und Verteilung von Feuerwaffen nichtdeutscher Herkunft darf die deutsche Polizei in Ermangelung der in 1 b) beschriebenen Waffen mit anderen zweckmäßigen Waffen ausgestattet werden.

Angefertigt in Berlin, den 6. November 1945.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgedruckten Originaltexte dieser Direktive sind von V. Sokolowsky, General der Armee, O. P. Echols, Generalmajor, B. H. Robertson, Oberleutnant, und L. Koeltz, Armeekorps-General, unterzeichnet.)

verbindlich, weil gemäß den Beschlüssen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition die „höchste Regierungsgewalt“ in Deutschland bis zur Errichtung eines demokratischen Staatswesens und zum Abschluß eines Friedensvertrages durch die Oberbefehlshaber der jeweiligen Besatzungsmacht in den einzelnen Zonen sowie durch diese gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates „in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ ausgeübt wurde. Dementsprechend fiel auch die Entscheidung über die Aufstellung deutscher Polizeiorgane ausdrücklich in den Kompetenzbereich der Besatzungsmächte (UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich). Diese hatten in der Erklärung zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt vom 5. Juli 1945 festgelegt: „Zivile Polizeiabteilungen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und der Leistung des Wachdienstes nur mit Handfeuerwaffen ausgerüstet sind, werden von den Alliierten Vertretern bestimmt.“ Im November des gleichen Jahres wurde übrigens durch eine Direktive des Alliierten Kontrollrates festgelegt, daß Gendarmerie und Grenzpolizei auch mit Karabinern ausgerüstet werden können, d. h. nicht nur, wie die übrige Polizei, „mit Pistolen, Revolver und Knüttel“.

Dieser dokumentarische Beleg verdient auch deshalb Aufmerksamkeit, weil die Militärgeschichtsschreibung in der BRD unter Ignorierung solcher Dokumente behauptet, die Aufstellung der Grenzpolizei in der damaligen sowjetischen Besatzungszone habe den alliierten Festlegungen widersprochen, wonach angeblich die Bewachung der Demarkationslinien und Grenzen bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ausschließlich alliiertem Militärpersonal obliegen sollte. Bewußt wird dabei auch übersehen, daß es zum Zeitpunkt der Aufstellung der Grenzpolizei in der sowjetischen Besatzungszone in den Ländern der englischen und amerikanischen Besatzungszone schon längst deutsche Grenzschutzeinheiten gab: in Niedersachsen ab 25. September 1945 einen Zollgrenzschutz, eine Grenzpolizei ab 15. November 1945 in Bayern und seit 3. Mai 1946 in Hessen.

Die von vornherein durch die alliierten Mächte vorgesehene Bildung deutscher Grenzpolizeieinheiten entsprang offensichtlich der Erkenntnis, daß die von ihnen beschlossenen Maßnahmen zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und die Überwindung der chaotischen Kriegsauswirkungen Ordnung und Kontrollen an den Grenzen der Besatzungszonen voraussetzten. Bereits ab September 1945 waren lt. Kontrollratsdirektiven Reisen nach und aus Deutschland nur mit Erlaubnis der Alliierten gestattet. Das Überschreiten der Demarkationslinien zwischen den einzelnen Besatzungszonen durfte nur an dafür festgelegten Übergangsstellen und mit entsprechender Genehmigung erfolgen. Um diese Ordnung durchzusetzen, hatten zunächst ausschließlich Truppen der jeweiligen Besatzungsmacht die Grenzen und Demarkationslinien bewacht. Nunmehr wurden auch in der sowjetischen Besatzungszone deutsche Polizeikräfte in diese Aufgabe einbezogen.



Ein Grenzpolizist in jenen Jahren. Vollständige Uniformen gab es nicht, die eigene Bekleidung, vor allem Hosen und Schuhe, ergänzten die Uniform

Obwohl in allen Besatzungszonen die völkerrechtlichen Grundlagen für die Bildung deutscher Grenzpolizeieinheiten gleichartig waren, unterschieden sich die konkreten Bedingungen eindeutig.

In der US-amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone, in denen die Grundlagen der imperialistischen Ordnung nicht beseitigt wurden, versahen auf Weisung der westlichen Siegermächte fast ausnahmslos die alten Kräfte weiterhin den Dienst.

Dagegen vertraute die sowjetische Besatzungsmacht klassenbewußten Arbeitern und anderen Antifaschisten den Aufbau einer neuen Polizei an. Nur auf dem Gebiet der späteren DDR entstanden mit der Bildung der Grenzpolizei Grenzsicherungsorgane, die voll den Interessen der Werktätigen und dem Frieden dienten und die Sowjetarmee bei der Kontrolle und Sicherung der Grenzen unterstützten. Sie entsprachen zugleich, im Gegensatz zu den in den westlichen Besatzungszonen geschaffenen Grenzorganen, Geist und Buchstaben der Grundsatzdokumente der Antihitlerkoalition.

Die Ursachen dieser sichtbaren Gegensätze lagen in der bis zu diesem Zeitpunkt auf deutschem Boden bereits vollzogenen Nachkriegsentwicklung begründet, in ihren Ergebnissen und Problemen.

Diese Entwicklung war Bestandteil jener internationalen Prozesse, die die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in den unmittelbaren Nachkriegsjahren charakterisierten. Bestimmend dafür war das grundlegend neue internationale Kräfteverhältnis, das sich im Ergebnis des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg herausgebildet hatte. Die internationale Autorität der UdSSR war beträchtlich gewachsen. In einer Reihe europäischer und asiatischer Länder entwickelten sich erfolgreich volksdemokratische Revolutionen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung in zahlreichen kapitalistischen Ländern nahm einen weiteren Aufschwung, die nationale Befreiungsbewegung wuchs stark an.

In den imperialistischen Hauptländern gewannen jedoch wieder jene Kräfte die Oberhand, die die offene Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und dem sich herausbildenden sozialistischen Lager zur Grundlage ihrer Politik machten. Unter Führung der USA, die als einzige imperialistische Macht gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren und zeitweilig über das Atombombenmonopol verfügten, versuchten die aggressivsten imperialistischen Kreise, die gesetzmäßige Entwicklung des Sozialismus aufzuhalten. Eine wichtige Basis hierfür bildete die Verwandlung Westeuropas in einen Militärstützpunkt der USA. Zwar war der Imperialismus nicht in der Lage, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Mit der Auslösung des kalten Krieges eröffnete er jedoch eine lange Periode scharfer internationaler Spannungen, die mehrfach die akute Gefahr militärischer Konflikte zwischen Sozialismus und Imperialismus heraufbeschwor. In diesem weltweiten Prozeß bildete die Klassenauseinandersetzung auf deutschem Boden einen Knotenpunkt mit weitreichenden Auswirkungen auf die Situation an der Demarkationslinie.

Damals bot sich dem deutschen Volk im Ergebnis des Sieges der Antihitlerkoalition die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte zu vollziehen, Imperialismus und Militarismus samt ihren Wurzeln zu liquidieren sowie alle Überreste des Hitlerfaschismus zu beseitigen. Das setzte allerdings voraus, daß an Stelle der Großbourgeoisie, die Deutschland zweimal in die Katastrophe geführt hatte, die Arbeiterklasse die Führung übernahm und erfolgreich ausübte.

Die KPD hatte mit ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 den Weg zur Lösung dieser Aufgabe gezeigt – zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem gesamten deutschen Nachkriegsterritorium. Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone hatte die Arbeiterklasse vor allem im Zusammenwirken zwischen deutschen Antifaschisten und den Besatzungsorganen der Armee des ersten sozialistischen Staates die günstigen Bedingungen genutzt und bis zum Herbst 1946 eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ihren Grundzügen errichtet. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED hatte entscheidende Voraussetzungen dafür geschaffen.

In den Westzonen hingegen hatten die imperialistischen Westmächte im Zusammenwirken mit der deutschen Monopolbourgeoisie und unterstützt von der rechten Sozialdemokratie zunehmend das Potsdamer Abkommen hintertrieben. Das Potential des deutschen Imperialismus und Militarismus sollte voll wiederhergestellt und unter Mißachtung der historischen Lehren erneut in die antisozialistischen Pläne eingeordnet werden.

Der USA-Imperialismus nahm direkten Kurs darauf, ein antikommunistisches Deutschland zu schaffen und – als erste Stufe auf diesem Wege – die westlichen Besatzungszonen in das imperialistische System einzubeziehen. Um den angesprochenen deutschen Imperialismus zu retten, opferten die reaktionären Kreise um den Altseparatisten Adenauer bedenkenlos den einheitlichen deutschen Nationalstaat. Nach dem Motto: „Uns ist es lieber, wir haben das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“, setzten sie dabei zunehmend auf die Spaltung. Ein erster entscheidender Schritt dazu, die Bildung der Bizone, stand Ende 1946 unmittelbar bevor.

Diese Entwicklung mußte sich auch auf die Situation an der Demarkationslinie zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Zone auswirken. Ursprünglich war die Demarkationslinie lediglich dazu bestimmt, die Militärverwaltungsbereiche der verbündeten Mächte voneinander abzugrenzen. Indem aber die Westmächte von den Prinzipien und Beschlüssen der Antihitlerkoalition abgingen, wurde die Demarkationslinie durch die damit einhergehende restaurative Entwicklung in den Westzonen immer ausgeprägter zu einer Trennungslinie zweier gegensätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen, zu einer Scheidelinie zwischen Fortschritt und Reaktion in der internationalen Klassenauseinandersetzung.

Deshalb überschritten zu dieser Zeit nicht mehr nur durch die allgemeinen Kriegsauswirkungen in Bewegung gesetzte Menschen illegal die Demarkationslinie, weil sie Angehörige oder eine neue Heimstatt suchten. Vielmehr strebten auch aktive Faschisten sowie andere Kriegsverbrecher und reaktionäre Elemente danach, sich durch Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone oder aus osteuropäischen Ländern in die Westzonen ihrer gerechten Strafe zu entziehen. Enteignete Großkapitalisten und andere reaktionäre bemühten sich, die in Volkseigentum übergegangenen Betriebs-einrichtungen, Produktionsmittel und sonstige Reichtümer illegal über die Demarkationslinie zu schleusen. Gezielt wurden großangelegte Schieber-ringe für jene Waren und Rohstoffe aufgebaut, die in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone besondere Engpässe darstellten. Hinzu kam, daß Verbrecher und Banden entlang der Demarkationslinie ihr Unwesen trieben. Durch Terror- und Sabotageakte störten sie den demokratischen Aufbau in Ostdeutschland, wobei sie in zunehmendem Maße von imperialistischen Geheimdiensten Unterstützung erhielten. Mit der von den Westmächten eingeleiteten antisowjetischen Propaganda mehrten sich auch die Versuche, von den Westzonen aus die ostdeutsche Bevölkerung gegen die sowjetischen Truppen und gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzuhetzen und zu provokatorischen Handlungen zu verleiten. Das alles machte Sicherungsmaßnahmen unerlässlich.

Aber auch die östlichen Grenzen der sowjetischen Besatzungszone mußten kontrolliert werden. Reaktionäre Kräfte in Polen und in der Tschechoslowakei hatten die revolutionären Umwälzungen nicht widerstandslos hingenommen – speziell in Polen machten konterrevolutionäre Banden ganze Landstriche unsicher. Schmuggel und Schiebergeschäfte blühten auf Kosten der arbeitenden Menschen.

Zusätzliches Gewicht erhielt die Sicherung der Ostgrenze durch Bestrebungen, der imperialistischen Reaktion, die Umsiedler für revanchistische Ziele zu mißbrauchen. Angesichts der demokratischen Entwicklung in Polen forderten der damalige USA-Außenminister J. F. Byrnes und andere reaktionäre Vertreter der Westmächte bereits im Herbst 1946 offen eine Revision der Viermächtebeschlüsse bezüglich der Oder-Neiße-Grenze. Die eindeutige Sicherung dieser Grenze konnte und mußte dazu beitragen, den aufkommenden Revanchismus zu bekämpfen.

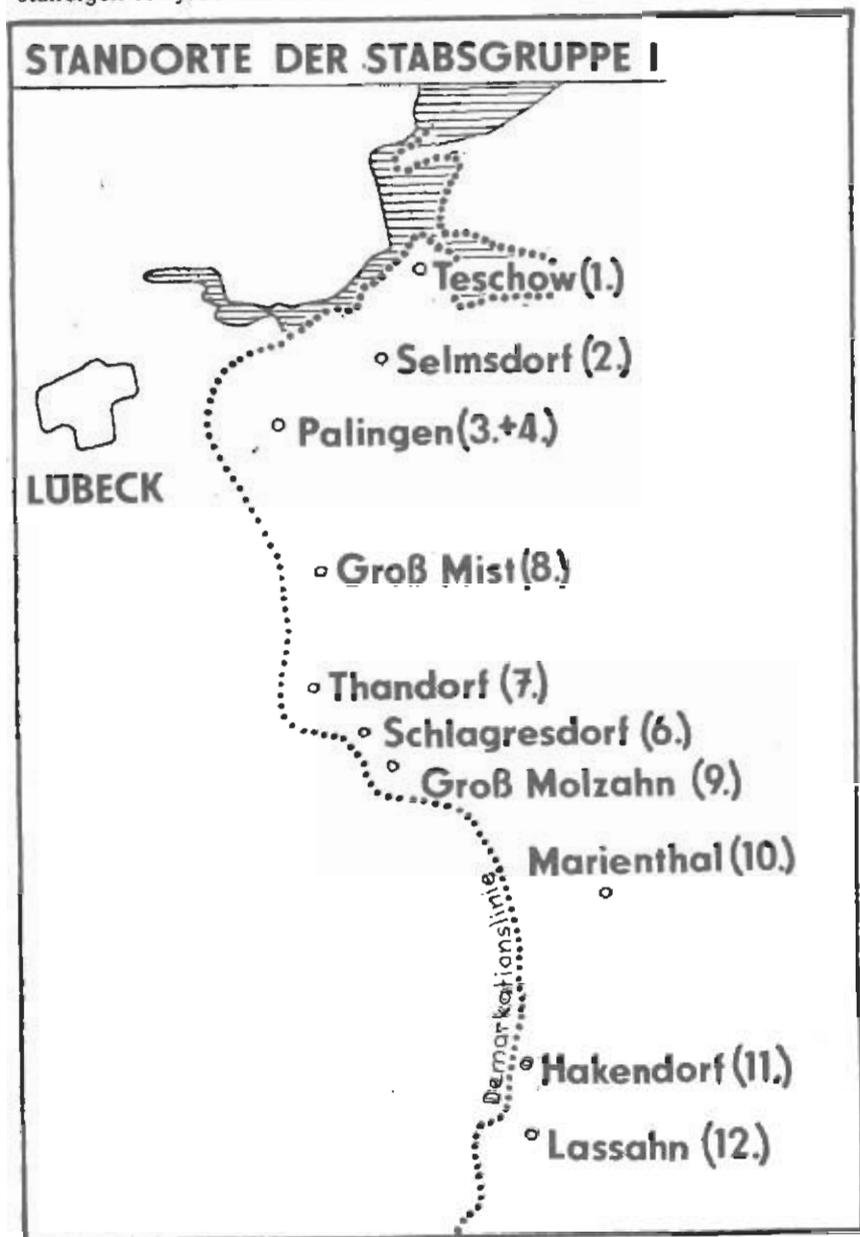
Die Gründung der Grenzpolizei im Osten Deutschlands wurde so zu einem objektiven Erfordernis des Klassenkampfes. Sie war ein weiterer folgerichtiger Schritt beim Aufbau der neuen, demokratischen, von der Arbeiterklasse geleiteten Machtorgane.

2. Gründung und erste Schritte der Grenzpolizei der Länder

Ende November 1946 stellten die Landespolizeibehörden bzw. Innenministerien der fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone die ersten Grenzpolizeieinheiten auf. Im Prinzip waren diese ihnen auch in der administrativen Führung unterstellt, wobei es im einzelnen jedoch Unterschiede gab. In Thüringen unterstand die Grenzpolizei als Schutzpolizei-Sonderkommando direkt dem Landespolizeiamt. Auch in Sachsen wurde sie unmittelbar durch die Landespolizeibehörde geführt. In Mecklenburg hingegen fehlte zunächst ein zentrales Führungsorgan. Hier hatten die Kreispolizeiamter der Grenzkreise im Auftrage der Landespolizeibehörde die Versorgungs- und Personalaufgaben gegenüber der Grenzpolizei mitzuerfüllen. In Sachsen-Anhalt wiederum übte der Bezirkspolizeipräsident von Magdeburg im Auftrag der Provinzialpolizeibehörde Sachsen-Anhalt die Dienstaufsicht über die Grenzpolizei aus. Ähnlich war es in Brandenburg, wo diese Aufgabe kommissarisch dem Bezirkspolizeichef von Eberswalde übertragen worden war. Diese Unterschiede ergaben sich aus dem dezentralisierten Aufbau nach Ländern, aber auch in Abhängigkeit von den objektiven Bedingungen und den subjektiven Vorstellungen über den günstigsten Lösungsweg. Eine nähere Betrachtung der Entstehungsbedingungen der Grenzpolizei in den einzelnen Ländern macht das noch deutlicher. Die generell bestehende Länderbasis entsprach dem damaligen Stand des Aufbaus und der Entwicklung deutscher antifaschistischer Selbstverwaltungsorgane von unten nach oben.

Die Grenzpolizeieinheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurden von der Landespolizeibehörde im Zusammenwirken mit der SMA Schwerin vom 26. bis 30. November 1946 in einer Stärke von 375 Mann aufgestellt. Sie gliederten sich in 4 Stabsgruppen. Die Sollstärke der Stabsgruppe betrug in Abhängigkeit von der Länge des Grenzabschnitts 75 bis 110 Mann. Diese Stärke konnte aber nur schwer aufrechterhalten werden, da es angesichts der damaligen Ernährungs- und Bekleidungsituation viele Ausfälle durch Krankheit gab. Die Stabsgruppen I bis III versahen ihren Dienst an der 176 km langen Demarkationslinie zur britischen Zone. Sie hatten aber zunächst auch noch 30 km Demarkationslinie des Landes Brandenburg mit zu überwachen, so daß dieses Land seine Grenzpolizei vorerst nur an der Ostgrenze einzusetzen brauchte. Die Stabsgruppe IV überwachte die 110 km lange Grenze des Landes im Kreise Randow zu Polen. Die Stabsgruppen an der Demarkationslinie untergliederten sich in Gruppen zu je 10 Mann, die an der Ostgrenze in solche zu je 6 Mann. Die unterschiedliche Stärke der Stabsgruppen hing von den Einsatzbedingungen, der Länge des zu überwachenden Abschnittes und geographischen Besonderheiten ab. Zusätzliche Unterschiede in den Bestimmungen für den

Einsatz ergaben sich daraus, daß die einzelnen Stabsgruppen anfänglich ihre grundsätzlichen Anweisungen direkt von den für ihr Territorium zuständigen sowjetischen Kommandanten erhielten.



Die Stabsgruppe I hatte ihren Sitz in Lüdersdorf im Kreis Schönberg. Sie besaß eine Sollstärke von 110 Polizeiangeestellten und gliederte sich in 12 Gruppen.

Standorte der Stabsgruppe I · Stabsgruppe: Lüdersdorf

- | | |
|--------------------------|-------------------------|
| 1. Gruppe: Teschow | 7. Gruppe: Thandorf |
| 2. Gruppe: Selmsdorf | 8. Gruppe: Groß Mist |
| 3. Gruppe: Palingen | 9. Gruppe: Groß Molzahn |
| 4. Gruppe: Palingen | 10. Gruppe: Marienthal |
| 5. Gruppe: nicht bekannt | 11. Gruppe: Hakendorf |
| 6. Gruppe: Schlagresdorf | 12. Gruppe: Lassahn |

Die Länge des zu überwachenden Abschnittes der Stabsgruppe betrug etwa 55 km, die Länge der Gruppenabschnitte 4 bis 6 km. Diese Stabsgruppe hatte von den drei im Land Mecklenburg-Vorpommern an der Demarkationslinie eingesetzten Stabsgruppen die kompliziertesten Einsatzbedingungen. Sie ergaben sich daraus, daß die Stadt Lübeck unmittelbar gegenüberlag und aufgrund der unmittelbaren Grenznähe Ziel und Ausgangspunkt eines besonders intensiven illegalen Grenzverkehrs war. Das hügelige und zum Teil bewaldete Gelände, kleinere Seen und Bäche erschwerten die Sicht und machten es erforderlich, daß die Stützpunkte und Einsatzorte der Grenzpolizei getrennt werden mußten. An- und Abmarschwege von den Unterkünften bis zum Stützpunkt betragen oft mehr als 6 bis 7 km – und das überwiegend zu Fuß.

Die Stabsgruppe II hatte ihr Einsatzgebiet im Kreis Hagenow und ihr Stabsgruppenquartier in Neu-Gülze bei Boizenburg. Sie besaß die gleiche Sollstärke wie die Stabsgruppe I, bestand zunächst jedoch nur aus 11 der vorgesehenen 12 Gruppen.

Standorte der Stabsgruppe II · Stabsgruppe: Neu-Gülze

- | | |
|-----------------------|---------------------------|
| 1. Gruppe: Zarrentin | 7. Gruppe: Schwanheide |
| 2. Gruppe: Lüttow | 8. Gruppe: Noßtorf |
| 3. Gruppe: Schadeland | 9. Gruppe: nicht bekannt |
| 4. Gruppe: Gallin | 10. Gruppe: Schwarzwasser |
| 5. Gruppe: Greven | 11. Gruppe: Neu Garge |
| 6. Gruppe: Heidekrug | 12. Gruppe: Pommau |

Der von der Stabsgruppe zu überwachende Abschnitt betrug 80 bis 90 km, je zur Hälfte Land- und Elbegrenze.

Die Stabsgruppe III war im Südabschnitt der zu überwachenden Demarkationslinie eingesetzt. Das Stabsgruppenquartier befand sich in Polz, Kreis Ludwigslust, bei Dömitz. Die Sollstärke der Stabsgruppe betrug 80 Polizeiangeestellte. Die Stabsgruppe gliederte sich in 7 Gruppen.

Standorte der Stabsgruppe III · Stabsgruppe: Polz

- | | |
|----------------------|----------------------|
| 1. Gruppe: Pinnau | 5. Gruppe: Eldenburg |
| 2. Gruppe: Woosmer | 6. Gruppe: Gandow |
| 3. Gruppe: Heiddorf | 7. Gruppe: Lanz |
| 4. Gruppe: Alt-Kalif | |

Die Länge des Abschnittes betrug ca. 50 km. Vier Gruppen waren im Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern und drei Gruppen im Gebiet der Provinz Brandenburg eingesetzt. Hieraus ergaben sich für diese Stabsgruppe besonders schwierige Nachrichtenverbindungen. Alle Gespräche mit den im Gebiet der Provinz Brandenburg eingesetzten Gruppen mußten über Potsdam laufen, was angesichts der damaligen Fernsprechbedingungen eine sehr lange Zeit in Anspruch nahm.

Die Stabsgruppe IV war mit der Überwachung der Ostgrenze des Landes Mecklenburg-Vorpommern beauftragt. Ihre Sollstärke betrug 75 Polizeiangehörige. Das Stabsgruppenquartier befand sich in Boock. Die Stabsgruppe gliederte sich in 10 Gruppen.

Standorte der Stabsgruppe IV · Stabsgruppe: Boock

- | | |
|---------------------------|----------------------|
| 1. Gruppe: Blankensee | 6. Gruppe: Pomellen |
| 2. Gruppe: Neublankensee | 7. Gruppe: Rosow |
| 3. Gruppe: Bismark-Tanger | 8. Gruppe: Geesow |
| 4. Gruppe: Grambow | 9. Gruppe: Glashütte |
| 5. Gruppe: Schwennenz | 10. Gruppe: Rieth |

Der zu überwachende Grenzabschnitt wies eine Länge von ca. 110 km auf – angesichts des geringen Personalbestandes eine komplizierte Aufgabe.

Zu diesen vier operativ im Land Mecklenburg-Vorpommern eingesetzten Stabsgruppen kam noch die Stabsgruppe Schwerin als leitendes Organ mit drei Gruppen hinzu. Der Leiter dieser Stabsgruppe war ein Oberinspektor, die anderen Stabsgruppen führte ein Inspektor. Als weiteres „Stabspersonal“ hatte der Leiter einen Stellvertreter im Dienstgrad eines Sekretärs und einen Wirtschaftsleiter (Hauptwachtmeister).

Unterbringung und Verpflegung der Grenzpolizisten hingen von den konkreten Bedingungen ab. Die Angehörigen der Stabsgruppen I bis III waren bei Bauern zur Untermiete untergebracht. In der Regel wurden sie nach Abgabe ihrer Lebensmittelkarte auch von den Bauern verpflegt. Nach zeitgenössischen Berichten hatten es diese Grenzpolizisten noch am besten getroffen. Sie bekamen ausreichend zu essen – oft mehr als die geringen Zuteilungen, die ihnen nach der Karte 2 zustanden. Einen Nachteil brachte die Unterbringung bei den Bauernfamilien mit sich. Den Vermietern blieb nicht verborgen, wann die Grenzpolizisten am Tage oder in der Nacht ihren Dienst begannen, wieviel Posten sich im Abschnitt befanden und zu welchem Zeitpunkt die größte Postendichte bestand. Grenzfürher und andere Spekulanten konnten dies für ihre Zwecke ausnutzen.

Weniger gut erging es den Grenzpolizeiangehörigen der Stabsgruppe IV. Aufgrund der Kriegszerstörungen im Odergebiet waren sie zum großen Teil nicht nur primitiv untergebracht, sondern sie mußten sich auch selbst verpflegen. Das brachte große Härten mit sich. Da die Masse der Grenzpolizeiangehörigen aus Städten kam und die Verpfle-

gungssätze der Lebensmittelkarten auf dem Lande wesentlich niedriger waren als in der Stadt, verschlechterte sich ihre Lebenslage. Die Rationen der Karte I/1 in den Landgemeinden entsprachen noch nicht einmal denen der Karte I/2 in der Stadt – aber die Grenzpolizisten erhielten zunächst nur die Karte 2. Die sowjetischen Genossen der SMA halfen im Verlaufe der Zeit. Als erster bekam der Landrat in Schönberg von der SMA die Anweisung, für Grenzpolizeiangehörige die Lebensmittelkarte I/1 vorzusehen.

Tagesrationen der Lebensmittelkarte 2

450 g Brot	30 g Marmelade
45 g Nahrungsmittel	40 g Fleisch
450 g Kartoffeln	20 g Fett
25 g Zucker	

Für die dienstlichen Obliegenheiten besaß jede Stabsgruppe ein Dienstzimmer im Gemeindeamt oder in einem anderen geeigneten Gebäude. Ihre Mitarbeiter mußten sich ebenfalls in der Regel selbst verpflegen. Es gab auch keine einheitliche Bekleidung. Die Grenzpolizisten trugen überwiegend ihre Zivilsachen oder Teiluniformen aus Restbeständen. Voller Stolz meldete der Leiter der Schutzpolizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Januar 1947, daß es mit Hilfe der SMA gelungen sei, 450 Übermäntel käuflich zu erwerben, „so daß nunmehr wenigstens jeder Grenzpolizeiangeestellte mit einem warmen Übermantel ausgerüstet ist“.

Waffen und Munition waren direkt von den zuständigen Kommandanturen der SMA geliefert worden. Es handelte sich um italienische Beretta-Pistolen (7,65 mm) und für jeden Grenzpolizisten 16 Schuß Munition.

Fahrzeuge gab es im allgemeinen nicht. In Beantwortung eines Rundschreibens teilte die Abteilung Schutzpolizei der Landesregierung im Januar 1947 „an den Herrn Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern in der sowjetischen Besatzungszone“ mit, daß nur einige nicht einsatzfähige alte Kfz. und einige private Motorräder von Polizeiangehörigen verfügbar waren. Und weiter: „Pferdegewanne, Schlitten, Skier, Fahrräder, Reitpferde, Diensthunde sind nicht vorhanden.“

Besonders problematisch gestalteten sich die Nachrichtenverbindungen. Hier war man auf das allgemeine Telefonnetz der Post angewiesen. Im Gebiet der Stabsgruppe I bis III war es betriebsfähig, aber aufgrund der wenigen intakten Leitungen oft erst nach zweitägiger Anmeldung nutzbar. In der Stabsgruppe IV gab es, bedingt durch Kriegsauswirkungen, überhaupt keine Telefonverbindungen. Befehle und Meldungen wurden durch eine Art Kurierdienst weitergegeben. Die ärztliche Betreuung übernahmen die zuständigen Kreis- und Landärzte.

Die Grenzpolizei des Landes Brandenburg – zunächst „Grenzschutz der Provinz Mark Brandenburg“ – wurde am 25. November 1946 auf Befehl der SMA aus Kräften der Polizei in einer Stärke von 205 Mann gebildet. Sie übernahm die Überwachung der 210 km langen Grenze des Landes zu Polen und gliederte sich in vier Grenzschutzstützpunkte mit jeweils 7

bis 10 Grenzschutzposten. Ein Grenzschutzposten bestand aus einem Postenführer und vier Mann. Hinzu kamen Inspektoren, die die Aufgabe hatten, diese Posten zu kontrollieren. Als verantwortlicher Chef jedes Stützpunktes war ein Stützpunktleiter eingesetzt. Nach den überlieferten Unterlagen bestand folgende Gliederung:

1. **Stützpunkt Schwedt/Oder.** Er bestand aus einem Stützpunktleiter, 4 Inspektoren, 9 Postenführern und 36 Mann. Der Dienstbereich des Stützpunktes erstreckte sich über ca. 55 km, von Garz bis Hohensaaten.

2. **Stützpunkt Kienitz.** Er verfügte über einen Stützpunktleiter, 4 Inspektoren, 10 Postenführer und 40 Mann. Sein Dienstbereich reichte über ca. 45 km von Neuglietzen bis Genschmar.

3. **Stützpunkt Frankfurt/Oder.** Neben dem Stützpunktleiter setzte er sich aus 4 Inspektoren, 7 Postenführern und 35 Mann zusammen. Sein Dienstbereich verlief von nördlich Reitwein bis südlich Aurith über insgesamt ca. 40 km.

4. **Stützpunkt Guben.** Außer dem Stützpunktleiter verfügte er über 4 Inspektoren, 9 Postenführer und 41 Mann. Sein Dienstbereich umfaßte ca. 50 km von nördlich Vorwerk Bruch bis südlich Groß-Bademeusel.

Dazwischen lagen noch einzelne Stützpunkte, die weiterhin von der Sowjetarmee besetzt blieben.

Die Dörfer längs der Oder waren fast ausnahmslos durch die Kriegsauswirkungen stark zerstört. Das brachte viele Probleme mit sich, beispielsweise für die Unterbringung. In Ortschaften, in denen die Grenzpolizei direkt Einheiten der Sowjetarmee ablöste, konnte sie deren Quartiere übernehmen. Zumeist waren das Gemeinschaftsunterkünfte, die über einen Schlaf- und Aufenthaltsraum verfügten. In den Gemeinden dagegen, in denen neue Posten aufgestellt wurden, erwies sich die Quartierbeschaffung als wesentlich schwieriger. Die bewohnbar gebliebenen Häuser waren oft schon mit 3 bis 5 Familien belegt. Und jetzt kamen noch Polizisten hinzu. Große Schwierigkeiten bereitete auch die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Gebiete längs der Oder waren ausschließlich Notstandsgebiete. Es gab Dörfer, in denen nach Meldung des Genossen Richard Staimer, damals Leiter der Polizeiabteilung in der Provinzialregierung Mark Brandenburg, „selbst die Bauern 14 Tage lang kein Brot gesehen haben“. Alle Lebensmittel mußten aus entfernt liegenden Ortschaften herangeholt werden. Das erforderte jedoch Fahrzeuge und Benzin – und beides war zumeist nicht vorhanden. Hinsichtlich der Bekleidung herrschte großer Mangel an Mänteln, Schuhwerk, warmer Unterkleidung usw. Nicht wenige Grenzpolizisten versahen ihren Dienst in Halbschuhen – in den nassen Oderwiesen ein besonderes Problem.

Waffen und Munition bekamen die Stützpunkte durch die örtlichen Kommandanturen der Roten Armee – der Stützpunkt Schwedt erhielt 15 Karabiner, der Stützpunkt Kienitz 52 Karabiner, der Stützpunkt Frankfurt/Oder 45 Karabiner und der Stützpunkt Guben 52 Karabiner sowie 4 Pistolen. An Munition standen je Waffe zwischen 5 und 25 Schuß zur Verfügung. Fahrzeuge, Reitpferde oder Hunde waren nicht vorhanden.

Nachrichtenverbindungen zwischen den einzelnen Posten und den Stützpunkten gab es nicht, die Befehlsübermittlung erfolgte zu Fuß. Angesichts dieser komplizierten Verhältnisse hielt Genosse Staimer als Leiter der Polizeiabteilung der Provinzialregierung im Januar 1947 die Lösung folgender „vordringlichster Aufgaben“ für notwendig, um „die Voraussetzungen für den Ablauf eines geregelten Dienstbetriebes des Grenzschutzes zu schaffen“:

1. Einrichtung einer zentralen Leitung für den Grenzschutz bei der Provinzialregierung in Potsdam (wie schon erwähnt, war bisher der Bezirkspolizeichef von Eberswalde mit der kommissarischen Führung der Dienstgeschäfte des Grenzschutzes beauftragt);
2. Austausch von alten und verheirateten Männern durch junge, freiwillige (ca. 2/3 waren verheiratet, die Familien wohnten z. T. weit entfernt, die der Polizeiangehörigen vom Stützpunkt Schwedt z. B. in den Kreisen Oberbarnim, Beeskow-Storkow, Prenzlau und Angermünde – auf absehbare Zeit stand kein Wohnraum für die Familien in der Nähe zur Verfügung);
3. ausreichende und warme Bekleidung, in erster Linie Schuhzeug;
4. Motorisierung und Benzinzuteilung;
5. Verbesserung des Nachrichtenwesens (Telefone);
6. Beschaffung von Diensthunden.

Grenze

Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten. Die Truppen sind in verschiedenen Einheiten unterteilt und sind für die Bewachung der Grenze zuständig. Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten. Die Truppen sind in verschiedenen Einheiten unterteilt und sind für die Bewachung der Grenze zuständig.



Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten.



Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten.



Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten.



Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten.

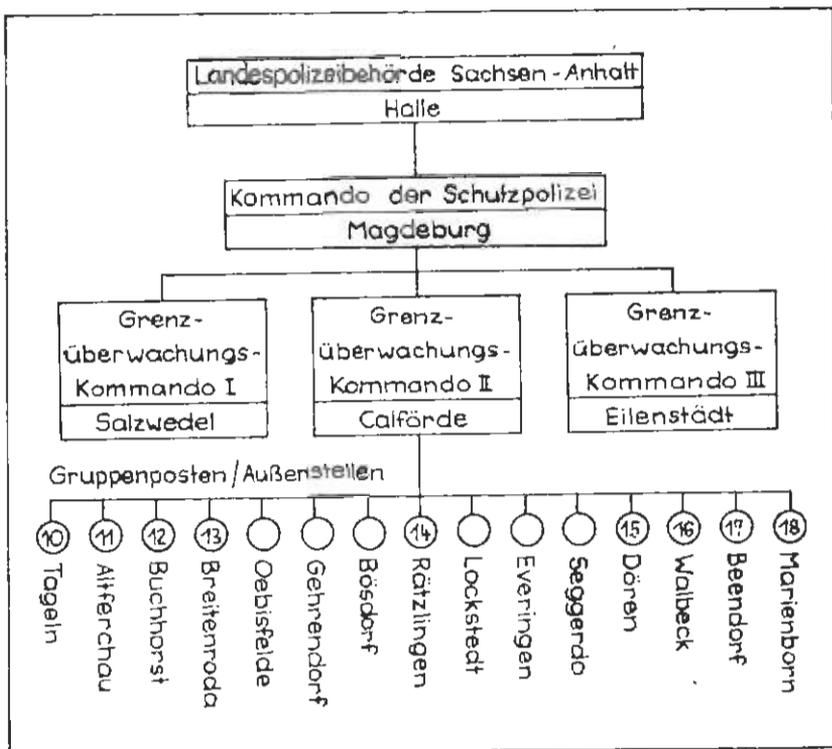


Die Grenzschutztruppen sind in der Lage, die Grenze zu bewachen und die Sicherheit zu gewährleisten.

Unter der Überschrift „Entlang der Friedensgrenze“ veröffentlichte die NBI 1948 eine Bild-Text-Reportage, die überzeugend den neuen Charakter unserer Beziehungen zum polnischen Nachbarn zeigt. Die Oder-Neiße-Friedensgrenze ist und bleibt eine Friedensgrenze, die völkerverbindenden Charakter trägt

Die Grenzpolizei des Landes Sachsen-Anhalt übernahm am 23. November 1946 in einer Stärke von 300 Mann die Überwachung von 268 km der Demarkationslinie des Landes zur britischen Besatzungszone. In den ebenfalls zu Sachsen-Anhalt gehörenden Landkreisen Blankenburg und Wernigerode übte die Grenzpolizei Thüringens bis Ilsenburg diese Funktion aus.

Das Grenzgebiet war in drei Abschnitte aufgeteilt. In jedem Abschnitt wurde ein Stützpunkt eingerichtet. Sitz der Stützpunkte waren Salzwedel, Calvörde und Eilenstedt. Je Stützpunkt bestanden 9 Posten zu 10 Grenzpolizisten. Ein Posten hatte einen 8 bis 15 km breiten Abschnitt zu überwachen.



Die Bildung der Grenzpolizei in Sachsen-Anhalt wies gewisse Besonderheiten auf, die bis Ende 1947 nachwirkten: Am 21. November 1946 hatte der Chef der Provinzialpolizeibehörde von der SMA den Befehl erhalten, 300 Polizisten am 23. November 1946 nach Magdeburg zu kommandieren. Von ihnen kamen 210 aus dem Verwaltungsbezirk Magdeburg und 90 aus der Stadt Dessau. Nach einem Plan der SMA wurden sie zu Grenzpolizeieinheiten formiert und in vorher festgelegten Ortschaften als

Grenzüberwachungskommandos (Stützpunkte) und Gruppenposten stationiert. Dieses recht formale Vorgehen schuf viele Probleme. Im August 1947 wurde daher auf der Grundlage eines speziellen SMA-Befehls der Aufbau einer besonderen Grenzpolizeiabteilung in der Landespolizei vorbereitet. In diese traten neben Polizeiangehörigen aus den Polizeipräsidiën und Kreispolizeiamtern auch Angehörige der nunmehr aufgelösten Grenzüberwachungskommandos ein.

Obwohl es auch der Grenzpolizei Sachsen-Anhalts an Bekleidung mangelte, konnte sie doch einheitlich mit einer grünen Tuchuniform und Langstiefeln ausgestattet werden. Die Unterbringung erfolgte ebenfalls privat. Die Bewaffnung bestand aus Pistolen verschiedener Typen mit je 16 Patronen. Insgesamt waren 6 Motorräder vorhanden – je Stützpunkt zwei. Die Nachrichtenverbindung wurde über öffentliche Fernsprechanlagen aufrechterhalten. Befehle an die Stützpunktleiter übermittelte man schriftlich auf dem allgemeinen Postwege oder mündlich bei den Dienstbesprechungen.

Der ehemalige Postenführer Hermann Strümpel, der in der Außenstelle Rätzlingen seinen Dienst versah, erinnerte sich an folgende Begebenheit:

Während meines Postenganges im Seggerder Bruch, den ich allein und mit meinem Privatfahrrad absolvierte, bemerkte ich plötzlich mehrere Gestalten auf einer Waldlichtung. Die hereinbrechende Abenddämmerung machte ein genaues Feststellen der Anzahl der Personen unmöglich. Mit allen greifbaren Gegenständen und lauten Rufen machte ich einen solchen Lärm, der eine große Anzahl von Grenzpolizisten vortäuschen sollte, und es gelang. Fünf Männer, mit erhobenen Händen aus dem Walddickicht auf die Lichtung tretend, beladen mit Rucksäcken voller Hamsterwaren, harrten ihrer Festnahme, und die sah so aus: Einer der Grenzverletzer schob mein Fahrrad mit den Rucksäcken, die vier anderen hinterher, ich zum Schluß mit vorgehaltener Pistole. Der Fußmarsch bei hereinbrechender Dunkelheit ging bis zum Stab des Stützpunktes Calvörde – immerhin 18 km.

Die Grenzpolizei des Landes Thüringen wurde vom 25. November bis 1. Dezember 1946 durch das Landespolizeiamt von Thüringen gemäß einer Weisung der SMA aufgestellt. Sie hatte die Demarkationslinie gegenüber der britischen Besatzungszone in einer Länge von 124 km und gegenüber der amerikanischen Zone von 546 km zu überwachen. Sie umfaßte 874 Mann und gliederte sich in zwei Grenzpolizeigruppen mit je 3 Abschnitten. Der Abschnitt umfaßte jeweils 11, in einem Falle 12 Gruppenposten zu je 9 Mann.

Die Gruppe I mit Stab in Mühlhausen und insgesamt 452 Mann gliederte sich wie folgt:

- Abschnitt 1 mit Standort Niedersachswerfen und 12 Gruppenposten,
- Abschnitt 2 mit Standort Dingelstädt und 11 Gruppenposten,
- Abschnitt 3 mit Standort Bad Salzungen und 11 Gruppenposten.

Tagesbefehl Nr. 3

Bei der am 6. Oktober 1947 des Nachts durchgeführten Kontrolle im Polizeiabschnitt I/3, Bad Salzungen, wurde durch den Chef des Stabes, Kommissar Helbing, und den Gruppenkontrolleur, Obwm. Krüger, festgestellt, daß der Gruppenposten Geismar in bezug auf Dienstfreudigkeit, Sauberkeit, Waffenpflege, politischer und fachlicher Hinsicht im oben angegebenen Abschnitt als bester Posten angesehen werden kann.

Der Postenführer von Geismar ist der Obwm. Albrecht, welcher sich zur Zeit auf der Landespolizeischule in Erfurt befindet. Sein Stellvertreter ist der Wm. Klemm. Die gesamten Wachtmeister des Gruppenpostens Geismar:

Obw. Albrecht, Hans
Wm. Klemm, Ewald
Wm. Fischer, Wolfgang
Wm. Fritsche, Gerhard
Wm. Schein, Christoph
Wm. Heubert, Herbert
Wm. Roscher, Oskar
Wm. Bartl, Anton
Wm. Hebestreit, Wilfried
Anw. Schulze, Robert

wurden von mir für ihre guten Dienstleistungen mit je einer Schachtel Zigaretten (20 Stück) prämiert.

Ich hoffe, daß diese Prämie den obengenannten Wachtmeistern noch mehr ihre Dienstfreudigkeit steigern hilft und den anderen Gruppenposten als Ansporn dienen wird.

Kleinjung,
Gr.-Chef d. Schutzpolizei Gr. I.

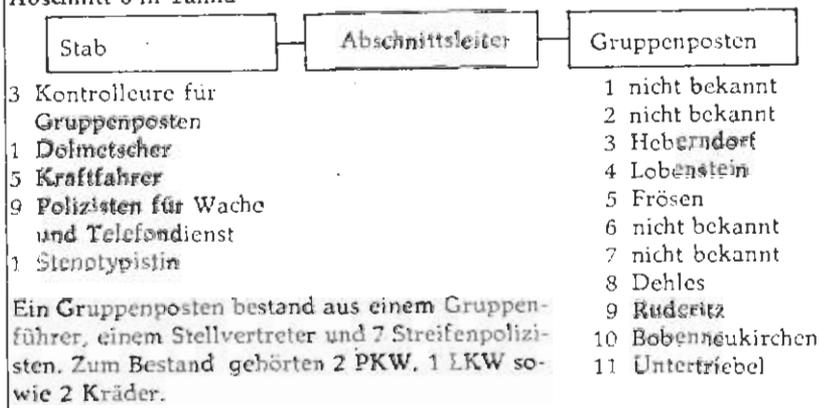
Im Bereich der Gruppe I befanden sich außerdem in Heiligenstadt und Eisenach zwei Quarantänelager. Dort wurden jene Personen für jeweils 21 Tage eingewiesen, die die Demarkationslinie aus der britischen und amerikanischen Zone überschritten hatten. Diese Vorsichtsmaßnahme war notwendig, da in Bayern eine Typhusepidemie herrschte.

Die Gruppe II mit dem Stab in Rudolstadt hatte eine Sollstärke von 422 Mann und gliederte sich wie folgt:

- Abschnitt 4 mit Standort Meiningen und 11 Gruppenposten.
- Abschnitt 5 mit Standort Mengersgereuth und 11 Gruppenposten.
- Abschnitt 6 mit Standort Tanna und 11 Gruppenposten (Siehe Skizze).

Hinzu kam ein Quarantänelager in Unterwellenborn bei Saalfeld, für das zusätzlich 18 Mann als Wache zur Verfügung standen.

Abschnitt 6 in Tanna



Als Chef der gesamten Grenzpolizei Thüringens war Polizeimajor Eberhard Charisius eingesetzt. Der spätere Oberst Eberhard Charisius (geb. 2. 10. 1916) gehörte zu den Gründungsmitgliedern des NKFD. Als Propagandist an der Don- und Südwestfront und als Frontbevollmächtigter bei der 3. Ukrainischen Front der Sowjetarmee leistete er einen großen Beitrag, um die Angehörigen der Hitlerwehrmacht über den faschistischen Raubkrieg aufzuklären.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus übernahm er im August 1945 als Polizeidirektor die Polizeidirektion in Gera Thüringen.

Die Polizeiangehörigen waren in Gasthöfen oder bei Privatpersonen der Orte untergebracht, in denen sich die Gruppenposten befanden. Die Verpflegung erfolgte zumeist in den Gaststätten nach Abgabe der Lebensmittelmarken. Auch aus Thüringen ist belegbar, daß sich durch die Versetzung von Volkspolizisten auf das Land ihre Lebenslage verschlechterte.

Statt der Lebensmittelkarte 1 erhielten die Grenzpolizisten nur noch die 2. Das bedeutete pro Monat 3 Brote, 300 Gramm Fett und 200 Gramm Fleisch weniger.

Die Bekleidung stammte aus den einzelnen Polizeidirektionen, jedoch mangelte es besonders an Mänteln und Schuhen. Die Bewaffnung bestand zu 80 Prozent aus Karabinern, der Rest aus Pistolen 08.

Die Nachrichtenverbindung wurde über das öffentliche Fernsprechnetz aufrechterhalten. Wegen Überlastung konnte zumeist nur nachts telefoniert werden. Die Befehlsübermittlung übernahmen daher auch Kurier.

Aus Thüringen liegen ebenfalls nähere Angaben über den Grenzdienst vor. Pro Gruppenposten befanden sich jeweils 4 Mann im 24-Stunden-Dienst, davon 2 auf Streife und 2 im Arbeitszimmer des Gruppenpostens; die restlichen 4 Grenzpolizisten hatten dienstfrei. Der Gruppenpostenfürher besaß keinen Stellvertreter und mußte seinen Dienst dementsprechend einteilen.

Die Gruppenposten durften weder Bestrafungen noch Wareneinziehungen vornehmen. Sie mußten alle Verletzer der Demarkationslinie zum jeweiligen Abschnittsstab bringen. Nur der Abschnittsleiter oder dessen Stellvertreter konnten bei geringfügigen Delikten im freiwilligen Unterwerfungsverfahren Geldstrafen verhängen und das Spekulantengut beschlagnahmen. Gegen berufsmäßige Schieber wurde beim zuständigen Amtsgericht Strafanzeige erstattet. Bewohner der sowjetischen Besatzungszone, die die Demarkationslinie verletzt hatten, wurden in der Regel nach einer Überprüfung wieder entlassen.

Die Grenzpolizei des Landes Sachsen wurde am 27. November 1946 durch Befehl des Chefs der SMA in einer Stärke von 771 Mann geschaffen. Sie gliederte sich in vier Inspektionen. Drei davon überwachten die 443 km lange Grenze zur Tschechoslowakei und eine den 16 km langen Grenzschnitt zu Polen. Die 29 km Demarkationslinie Sachsens zur amerikanischen Besatzungszone hatte die thüringische Grenzpolizei mit übernommen.

Nach dem Sitz der Inspektionsleitungen bezeichnet, gab es die Inspektionen I: Zwickau, II: Chemnitz, III: Dresden und IV: Bautzen.

Die Inspektionen umfaßten jeweils 3 bis 5 von insgesamt 16 Abschnitten, die sich wiederum in eine unterschiedliche Zahl von Grenzstationen (insgesamt 57, später 66) untergliederten. Letztere waren gewöhnlich 10 Mann stark. Die Unterbringung erfolgte ebenfalls privat. Für den Dienst nutzte man zum Teil ehemalige Zollhäuser an der sächsisch-tschechischen Grenze. Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt erhielt jeder Grenzpolizist – bis auf das Schuhwerk – eine vollständige Uniform. Die Bewaffnung bestand zu 80 Prozent aus Karabinern mit je 30 Schuß Munition, der Rest aus Pistolen.

Die Grenzpolizei Sachsens verfügte sogar über einige Personenkraftwagen – allerdings nur geliehene. Außerdem hatten einige Grenzpolizisten eigene Motorräder mitgebracht. Für die Nachrichtenverbindung stand das öffentliche Telefonnetz zur Verfügung.



Berittene Grenzpostisten haben einen Grenzverletzer mit Schieberwaren gestellt

Am Beispiel der Grenzpolizei Sachsens läßt sich übrigens die Struktur eines – nach heutigen Begriffen – Leitungsstabes rekonstruieren. Eine Inspektionsleitung bestand zum Beispiel aus einem Leiter im Range eines Oberinspektors, einem Vertreter mit dem Dienstgrad Inspektor, einem Dolmetscher im Range eines Verwaltungsinspektors, einem Sachbearbeiter im Range eines Kommissars und einer Stenotypistin. Der Dienst in den Grenzstationen erfolgte in zwei 12-Stunden-Schichten. Jeder Grenzpolizist hatte pro Woche 24 Stunden frei. Die durchschnittliche Entfernung zwischen den Stationen betrug 7 km.

Das also war die Grenzpolizei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone unmittelbar nach ihrer Gründung.

Recht aufschlußreich ist, wie diese dezentralisierten Anfänge der Grenzpolizei in der Militärgeschichtsschreibung der BRD verfälscht werden. Um die Behauptung von einer angeblichen „Militarisierung der Ostzone“ zu unterstützen, hieß es in einem unter dem Autornamen Thomas M. Forster auch über die BRD hinaus verbreiteten Buch: „Bis Dezember 1946 waren 3000 Grenzpolizisten in die Kasernen eingerückt; sie wurden im ersten Halbjahr 1947 ausgebildet und in den 5 Ländern gleichmäßig gegliedert.“

Die geschilderte Praxis beweist: Es gab zunächst weder Kasernen, noch Ausbildung, noch einheitliche Gliederung.

Bei allen Unterschieden in den einzelnen Ländern der sowjetischen Besatzungszone läßt sich die Aufgabenstellung für die Grenzpolizei wie folgt zusammenfassen:

Die Grenzpolizeieinheiten hatten gemäß den Weisungen der Organe der Sowjetischen Militäradministration und gemeinsam mit sowjetischen Truppen die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone, insbesondere die Demarkationslinie, zu überwachen. Sie mußten Ordnung in den Grenzverkehr bringen und ein illegales Überschreiten der Grenzlinien verhindern. Ein Schwerpunkt war der Kampf gegen Schwarzhandel und Schiebertum, vor allem gegen illegale Interzonen-Kompensationsgeschäfte großen Stils. Nicht zuletzt galt es, das Bandenunwesen zu bekämpfen, nach Kriegs- und Naziverbrechern sowie illegalen faschistischen und militaristischen Gruppen und sonstigen Rechtsbrechern zu fahnden und deren Flucht in die Westzonen zu verhindern.

Dazu waren insgesamt in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone Grenzpolizeieinheiten in einer Stärke von 2543 Mann aufgestellt worden. Sie verteilten sich auf 2236 km Landgrenze – an der Ostseeküste wurden vorerst keine deutschen Grenzpolizeikräfte eingesetzt. Unter Berücksichtigung der notwendigen Diensterteilungen bedeutete das, daß eine Grenzstreife – nicht selten auch nur ein Einzelposten – je nach den Stärkeverhältnissen in den einzelnen Ländern einen Grenzabschnitt von mehreren km Länge zu überwachen hatte – und das bei unvollständiger Bewaffnung und Bekleidung, bei völlig fehlenden technischen und Transportmitteln.

Unter solchen Bedingungen erforderte der Grenzdienst außerordentliche Opferbereitschaft. Nicht zuletzt deshalb hatte man dafür vorrangig bewährte Kräfte aus den Orts-, Kreis- und Landespolizeidienststellen ausgewählt, anfangs in einigen Gebieten auch nur zeitweise kommandiert. Nur in Thüringen standen schon einige Polizeiangehörige zur Verfügung, die bereits ab Mitte 1946 von sowjetischen Einheiten zur Grenzüberwachung und insbesondere zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs herangezogen worden waren und somit bereits erste Erfahrungen im Grenzdienst besaßen.

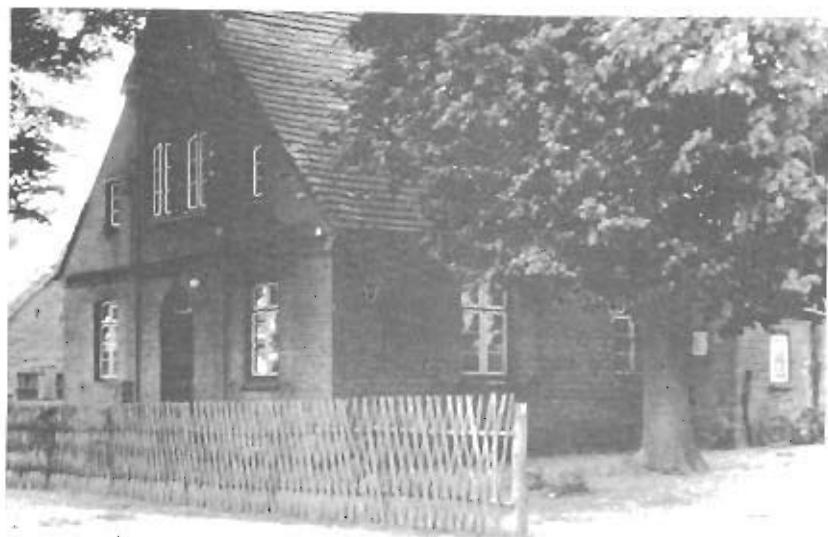
Einer der ersten Grenzpolizisten aus diesem in Uder stationierten Sonderkommando war Harald Bär. Der neunzehnjährige Sohn eines Zimmermanns und langjährigen Mitgliedes der SPD wollte mithelfen, die neue Ordnung aufzubauen und zu schützen. In Uder sammelte er erste Erfahrungen im Grenzdienst. Die enge Zusammenarbeit mit sowjetischen Armeeangehörigen im Sonderkommando, im Abschnitt Tanna, in der Kommandantur Lobenstein und in der späteren Grenzbereitschaft Gefell prägte seine internationalistische Grundhaltung. Er entwickelte sich vom Grenzposten bis zum Brigadekommandeur. Als General führte er einen Verband der Grenztruppen. Seit vielen Jahren ist er Kommandeur der Offiziershochschule „Rosa Luxemburg“.

Von großer Bedeutung war die Vorbildwirkung der im Klassenkampf erfahrenen Parteimitglieder auf die jungen Grenzpolizisten. Durch ihr Auftreten im Dienst, durch ihre politische Überzeugungsarbeit leisteten sie einen hervorragenden Beitrag, um unter den damaligen Bedingungen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu verwirklichen.

Angesichts der komplizierten Bedingungen bewährte es sich, daß die leitenden Organe der SED in den damaligen Ländern der sowjetischen Besatzungszone selbst auf die Auswahl der für den Grenzdienst vorgesehenen Polizeiangehörigen Einfluß nahmen und auch bewährte antifaschistische Kräfte in die Grenzpolizei delegierten.

Damit schufen sie zugleich die ersten entscheidenden Grundlagen dafür, daß sich aus jungen Arbeitern und Grenzpolizisten talentierte und der Partei der Arbeiterklasse treu ergebene Führungskader der späteren Grenztruppen entwickelten.

Zu den jungen Genossen der ersten Tage zählte auch Karl Wilhelm. Er war einer von sieben Söhnen eines schon vor 1933 politisch organisierten Bergarbeiters aus Friedrichsrode auf der Hainleite in Thüringen. 1946 hatte die Partei den damaligen Holzarbeiter überzeugt, den Dienst zur Bewachung der Demarkationslinie mit zu übernehmen, damit dort Ruhe, Ordnung und Sicherheit wieder einkehrten. Außerdem hatten die Genossen ihm gesagt: „Die Rote Armee bewacht die Grenzen, und das wird auch so bleiben. Doch wir können den sowjetischen Freunden den Kampf gegen die Folgen des faschistischen Krieges nicht allein überlassen. Wir müssen selbst etwas tun, und wir können es. Die sowjetischen Freunde



In diesem Gebäude war das Grenzkommando Selmsdorf, Grenzbereitschaft Schönberg, untergebracht. Kein Vergleich zu den heutigen Kompanieobjekten mit ihren vorbildlichen Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen

haben Vertrauen zu uns, und sie werden uns mit ihren großen Erfahrungen helfen. Doch mit den alten Polizisten ist das nicht zu machen. Das verstehst Du – also brauchen wir solche Menschen wie Dich!”

Was konnte er darauf erwidern? Wofür war man Genosse, wenn nicht dafür, voranzugehen beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung? 1947 als Oberwachmeister schon Leiter eines Grenzkommandos, diente er schließlich 35 Jahre zum Schutz der Grenzen – zuletzt als Generalmajor und Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen der DDR für Rückwärtige Dienste.

Vor allem dank dem unermüdlichen Einsatz solcher Genossen war es unter den äußerst komplizierten Bedingungen des schweren Anfangs überhaupt möglich, die geforderte Grenzüberwachung zumindest in Hauptrichtungen durchzusetzen. Für eine völlige Überwachung war allein schon die zahlenmäßige Stärke zu gering. Nur allmählich konnte hier Abhilfe geschaffen werden. Ein wichtiger Schritt erfolgte 1947. Die Deutsche Verwaltung des Innern, die unter der Leitung des bewährten Antifaschisten Erich Reschke stand, nahm im ersten Halbjahr 1947 eine umfassende Analyse des Entwicklungsstandes der Grenzpolizei in den einzelnen Ländern vor. Die Schlussfolgerungen daraus wurden in Verbindung mit einem Befehl des Chefs der Sowjetischen Militäradministration, Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski, vom 23. August 1947 in den Grundsätzen über die Organe der Polizei zum Schutze der Grenzen und der Demarkationslinie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands niedergelegt.



Grenzpolizisten im Einsatz. Hier bei einer Kontrolle im Bereich der damaligen Grenzkommandos Hirschberg

Danach gliederte sich die Grenzpolizei nunmehr generell in Abteilungen, Kommandanturen und Kommandos. Eine Abteilung umfaßte 4 oder 5 Kommandanturen, eine Kommandantur 10 bis 15 Kommandos. Zum Kommando gehörten 8 bis 10 Mann. Verwaltungsmäßig unterstand die Grenzpolizei in den Ländern von nun an dem Chef des jeweiligen Landespolizeiamtes.

Die Grundsätze enthielten weiter Richtlinien zur allgemeinen Organisation der Grenzpolizei, über ihre Rechte und Pflichten, die Durchführung des Dienstes, die Festnahme und Registrierung von Grenzverletzern sowie die Regelung des Dienstplanes. Sie bestätigten neben den genannten Veränderungen im wesentlichen die bisherigen bewährten Grundprinzipien und machten sie für alle Länder verbindlich. Die Grundsätze unterstrichen, daß die Hauptaufgabe der Grenzpolizei in der Bewachung der Grenzen und Demarkationslinie nach den von den sowjetischen Organen erlassenen Bestimmungen bestand, wobei die Grenzpolizei in allen dienstlichen Fragen direkt dem zuständigen Abschnittskommando der sowjetischen Truppen unterstellt war. Die sowjetischen Armeeeinheiten blieben auch weiterhin verantwortlich für die Versorgung der Grenzpolizei mit



Eine Beförderungsurkunde aus dem Jahre 1948. Walter Uhr diente Jahrzehnte in den Grenztruppen im Bereich der rückwärtigen Dienste. Der Kommandeur der Bereitschaft, Polizeirat Stück, war danach mehrere Jahre als VP-Inspekteur Chef der Grenzpolizei

Waffen und Munition sowie Transport- und Nachrichtenmitteln. Alle anderen Versorgungs- und Personalfragen gehörten in die Zuständigkeit der jeweiligen Landesregierungen. Danach setzten der Minister des Innern und der Leiter der Landespolizei mit Zustimmung des Chefs der Sowjetischen Militäradministration in den jeweiligen Ländern die Leiter der Abschnittskommandos ein. Die Leiter der Kommandanturen und Kommandos wurden vom Chef der Landespolizei ernannt und vom Chef der Sowjetischen Militäradministration des Landes bestätigt.

Hiermit wurden die den alliierten Festlegungen entsprechende Verantwortlichkeit der sowjetischen Organe und deren enge Zusammenarbeit mit den Machtorganen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gesichert. Das widerspiegelte sich auch in der Dienstdurchführung. Ab Ebene Grenzpolizeikommandantur war der Leiter in allen Fragen der Organisation und des Dienstes an der Grenze dem jeweiligen Kommandeur der zuständigen sowjetischen Militäreinheit unterstellt. Mit ihm beriet er die Ergebnisse des Dienstes und die sich daraus ergebenden weiteren Maßnahmen. Bei besonderen Vorkommnissen konnten auch die Grenzkommandos direkten Kontakt zu den sowjetischen Stützpunkten aufnehmen.

Die Aufgaben bestanden darin, keinerlei Grenzübertritte in beiden Richtungen, außer an den festgelegten Übergangspunkten, zuzulassen, Verletzer dieser Ordnung festzunehmen und der Grenzkommandantur zuzuführen. Nach einer innerhalb von 24 Stunden in Verbindung mit der Landespolizei vorzunehmenden Ermittlung entschied der sowjetische Kommandeur je nach der Schwere des Vergehens, ob der Grenzverletzer lediglich eine Geldstrafe zu bezahlen hatte oder den Gerichten zu übergeben war. Grenzverletzer aus anderen Ländern oder Besatzungszonen wurden durch die sowjetischen Organe an den zugelassenen Grenzübergangspunkten offiziell übergeben, falls sich nicht eine Untersuchung oder eine Bestrafung erforderlich machten. Beschlagnahmtes Schiebergut war den deutschen Selbstverwaltungsorganen zu übergeben.

Der Schußwaffengebrauch unterlag strengsten Bestimmungen und wurde in jedem Einzelfall speziell überprüft. Der Posten durfte die Waffe in äußersten Fällen anwenden, sofern alle anderen Möglichkeiten der Festnahme erschöpft und Anruf sowie Warnschuß unbeachtet geblieben waren. Schüsse über die Grenze beziehungsweise über die Demarkationslinie waren grundsätzlich verboten. Diese, den internationalen Gepflogenheiten entsprechenden Prinzipien wurden auch später für den Schutz der Staatsgrenze der DDR beibehalten und gelten bis zur Gegenwart.

Die Reorganisation der Grenzpolizei im Jahre 1947 hatte für die raschere Formierung der Grenzpolizei der Länder zu einem einheitlich aufgebauten und wirksamen Grenzsicherungsorgan der antifaschistisch-demokratischen Ordnung große Bedeutung. Mit ihr fand die unmittelbare Aufstellungsphase der Grenzpolizei ihren Abschluß. Natürlich waren damit längst nicht alle zeit- und entwicklungsbedingten Schwierigkeiten, insbesondere auf materiellem Gebiet, überwunden. Die Weiterentwicklung der Grenzpolizei vollzog sich aber nun nach einheitlichen Maßstäben.

3. *Bewährung an der Seite sowjetischer Genossen im Kampf gegen Spekulanten und Saboteure*

An der Demarkationslinie zur britischen Besatzungszone im Jahre 1947, an einem Weg zwischen Elend und Sorge im Harz – Motorengebrumm. Oberwachmeister Karl Wilhelm hastet vorwärts, um eine günstige Position zu erreichen. Da kommen die Fahrzeuge. Es sind Lastkraftwagen, beladen mit Maschinen. Ein Warnschuß zerreißt die morgendliche Stille. Der erste LKW stoppt. Dann kann der Grenzpolizist den Fahrer erkennen. Das ist doch . . . Ein bekannter Fuhrunternehmer, immer forsch mit fortschrittlichen Losungen bei der Hand. Und jetzt sitzt dieser Mensch neben einem Fabrikbesitzer aus Elbingerode, hilft diesem, Maschinen nach der englischen Zone zu verschieben. Wut steigt in Karl Wilhelm auf, vor allem über diesen Verräter und Heuchler. Kurz und scharf kommen die Befehle des Grenzpolizisten, mit der drohenden Waffe nachdrücklich unterstrichen. Doch Fuhrunternehmer und Fabrikant versuchen es noch einmal, auf andere Art. „Hier – eine Stange Zigaretten, ein Schinken und eine Flasche guter Nordhäuser werden sich auch noch finden.“ Sie bieten an, was es auf normalem Wege nicht gibt. Täglich sind die Grenzpolizisten solchen Versuchungen ausgesetzt, und es fällt wahrlich nicht leicht, ihnen zu widerstehen. Unwillkürlich denkt auch Karl Wilhelm an den mageren Inhalt seiner Tabaksbüchse. Doch das Angebot steigert nur noch seine Wut und seinen Abscheu auf diese Schmarotzer der Not. Ein zweiter Warnschuß ist die unmißverständliche Antwort auf diesen Bestechungsversuch. Auf der Grenzkommandantur Benneckenstein endet die Fahrt für Fuhrunternehmer, Fabrikant und Helfer. Solche und ähnliche Bewährungen waren seinerzeit von Anbeginn nicht ungewöhnlich. Und dennoch erhielten sie zunehmend politisches Gewicht.

Die zu dieser Zeit von den imperialistischen Westmächten unternommenen Schritte verstärkten die Notwendigkeit einer zuverlässigen Sicherung der Demarkationslinie. Am 1. Januar 1947 war die endgültige Bildung der Bizone erfolgt. Die mit der Truman-Doktrin im März 1947 offiziell zur Staatspolitik erhobene Politik des kalten Krieges der von den USA angeführten imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie sowie der in diesem Zusammenhang im Juni 1947 verkündete Marshall-Plan waren mit verstärkten imperialistischen Störaktionen auch gegen den demokratischen Aufbau im Osten Deutschlands verbunden. Die Westzonen stellten die Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet ein. Das führte zu beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, nicht zuletzt in der Versorgung der Bevölkerung. Das gab Schiebern und Spekulanten erneuten Auftrieb.

Obwohl Gesamtübersichten fehlen, vermitteln Angaben aus dem damaligen Land Thüringen doch eine gewisse Vorstellung von den hieraus bei der Sicherung der Demarkationslinie erwachsenden Aufgaben. Einzelne Dienststellen verhinderten wöchentlich bis zu 6 Transporte, mit denen Betriebseinrichtungen illegal in die Westzonen verlagert werden sollten. Im Juli 1947 beschlagnahmte allein eine Grenzpolizeidienststelle 33 Lastkraftwagen mit Maschinen und Betriebsausrüstungen.

Einen weiteren Eindruck vom Kampf gegen das Schieberunwesen vermitteln folgende Angaben: Von April bis Juni 1947 wurden allein im Abschnitt Niedersachswerfen neben anderen Verbrauchsgütern 483 Flaschen und 6 Kanister Alkohol, über 6000 Zigaretten, fast 700 Paar Damenstrümpfe sowie andere Textil- und Industriewaren sichergestellt. Im Herbst 1947 konnte, ebenfalls an der thüringischen Demarkationslinie, ein LKW mit 5 Tonnen Leder, Stoffen, Gardinen, Glühlampen und Kinderseife beschlagnahmt werden, die in die Westzonen verschoben werden sollten. Bei einer Bahnhofskontrolle im Gebiet Meiningen wurde ein Großschieber gefaßt, der unter anderem 114 Meter Wollstoff, 207 Meter Gardinenstoff und 47 Bettbezüge mit sich führte.

Während die meisten Bürger ehrlich arbeiteten und dennoch nicht selten hungerten, bereicherten sich einige unter Ausnutzung der damaligen Nachkriegsverhältnisse. Der Leiter der Grenzpolizei Thüringens machte dazu in seinem Jahresbericht für 1947 folgende Rechnung auf: Für ein Paar Damenstrümpfe aus dem sächsischen Textilzentrum wurden in den Westzonen rund 200,- RM gezahlt. Durch bestimmte Trans-



Aus dem Jahresbericht der Polizei Land Sachsen 1947

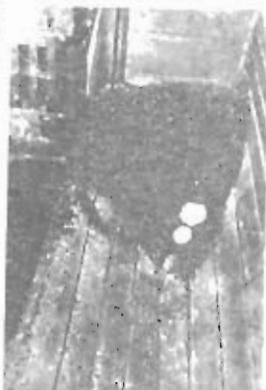


Alle beschlagnahmten Gegenstände

BAHNHOF BERNAU



Der Lokomotivführer



Keine Anwesenheit



Bestandteile der Güter

Schieber und Spekulanten konnten keine Pausen. Dieser Bildbericht unter der Überschrift „Bahnhof Bernau – 2 Uhr Nachts“ vermittelt einen kleinen Eindruck von den Aufgaben der Sicherungskräfte



„Was hat Sie den Tag“



„Produkte und Kunsthandwerk“

- 2 UHR NACHTS

Tag und Nacht zwischen Schloß, Lebensmittel aus der Ostzone auf den letzten Schwarzmarkt zu schicken. Berlin ist nur noch ein halbes Dutzend Scheitern, an dessen die Volkspolizei Winterkaffeebedürfnisse statt



Der Berliner Monatsbericht... (The text is very small and mostly illegible, but it appears to be a report or a list of items.)



„In diesem Raum werden die Waren“



„In diesem Raum“

aktionen, Einkäufe und Verkäufe auf dem schwarzen Markt, konnten die Spekulanten über 100 Prozent Reingewinn erzielen. Da es nicht wenige Ortschaften gab, die unmittelbar an der Demarkationslinie lagen bzw. durch diese geteilt wurden, war es ohne Einschränkung der Anfahrsmöglichkeiten für LKW faktisch nicht möglich, diese illegalen Kompensationsgeschäfte zu unterbinden. Nicht selten nutzten die Schieber auch an der Grenze wohnende Bauern aus, indem sie diese gegen entsprechende „Belohnung“ als „Spediteure“ gewannen und veranlaßten, das Schiebergut mit dem Bauerngespann über die Demarkationslinie zu bringen – bei Feldarbeiten oft nicht leicht zu durchschauen.

Beispielsweise sollte ein bei Geismar sichergestelltes Bauerngespann folgende Schieberware „nach drüben“ bringen: 4 Pferdedecken, 2 Herrenjacken, 3 Joppen, 8 Arbeitsanzüge, 2 Herrenhosen, 6 Skihosen, 6 Pakete Wolle, 8 Trainingsanzüge, 2 Herrenhemden, 7 Unterhosen, 9 Trikothemden, 3 Stoffe, 7 Kinderkleider, 3 Kinderpullover, 6 Nachthemden, 40 Kinderschlüpfer, 100 Kinderhemden, 140 Paar Socken und 26 Paar Damenstrümpfe.

Auch über die tschechische Grenze versuchten Spekulanten, dunkle Geschäfte zu machen. Die Grenzpolizei des Landes Sachsen beschlagnahmte 1947 unter anderem 30 000 Bürsten, 4000 Luftdruckmesser, über 76 000 Stück Maschinennadeln, 48 000 Kanülen, 56 000 Rasierklingen und 2000 Thermometer. Insgesamt konnten große Mengen streng bewirtschafteter Waren der Volkswirtschaft erhalten beziehungsweise der Bevölkerung zugeführt werden. Wichtige Aufgaben hatte in diesem Kampf gegen Schieber und Spekulantentum die Grenzkriminalpolizei zu lösen. Ihre Mitarbeiter führten nach Festnahmen Vernehmungen, Ermittlungen und Untersuchungen durch, um strafbare Handlungen aufzuklären.

Trotz aller Anstrengungen gingen beträchtliche Warenmengen verloren. Zum Beispiel betrug nach der zahlenmäßigen Verstärkung der Grenzpolizei der Postenbereich einer Doppelstreife in Thüringen noch immer 18 und in Sachsen 13 km. Eine weitere Verstärkung der Grenzpolizei speziell an der Demarkationslinie, war daher schon aus ökonomischen Gesichtspunkten geboten.

Dieses Erfordernis wurde 1948 mit der Verschärfung der politischen Lage durch die Westmächte noch dringlicher. Damals trat die weltweite Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und der Demokratie einerseits und den imperialistischen Kräften andererseits in eine neue Phase ein. Die Sowjetunion unternahm zu diesem Zeitpunkt erfolgreiche Schritte, das den Weltfrieden bedrohende amerikanische Atomwaffenmonopol zu brechen. In den volksdemokratischen Ländern Ost- und Südosteuropas war mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die Hauptaufgabe der sozialistischen Revolution erfolgreich gelöst. Auch die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Osten Deutschlands trug als fester Bestandteil des revolutionären Weltprozesses dazu bei, die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt zu stärken.



Ein Bahnhof in den Nachkriegsjahren. Millionen Menschen, die oft ihr Hab und Gut verloren hatten, waren damals unterwegs, um Angehörige zu suchen oder eine neue Heimstatt zu finden.

Die internationale Reaktion unter Führung des USA-Imperialismus versuchte, diese zu ihren Ungunsten verlaufende Entwicklung durch die Politik des „roll back“ aufzuhalten. Die USA verhängten eine Wirtschaftsblockade gegen die sozialistischen Staaten, bereiteten umfassende imperialistische Militärpakte vor und schürten die internationalen Spannungen. Einen Hauptfaktor dieser Politik bildeten der Übergang zur offenen staatlichen Spaltung Deutschlands und die damit verbundene Ausschaltung der Viermächteverwaltung und ihrer Organe. Infolge der imperialistischen Spannungs- und Spaltungspolitik wurde die Demarkationslinie immer mehr zu einer regelrechten und trennenden Grenze und darüber hinaus zu einem gefährlichen Provokationsgebiet der imperialistischen Kräfte.

Imperialistische Agenturen bedienten sich bei ihren Aktionen sowohl krimineller als auch politisch deklassierter Elemente, um die Grenzbevölkerung zu terrorisieren. Zur Erzeugung einer antikommunistischen Stimmung schreckten sie nicht davor zurück, solche Terroristen in sowjetische Uniformen zu kleiden.

Erste offene Anschläge gegen die Vertreter der neuen Ordnung wurden organisiert. Ende 1947/Anfang 1948 trat eine 14köpfige Terroristenbande im Raum Bernburg auf. Sie versuchte unter anderem, das Gebäude der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bernburg in die Luft zu sprengen und verübte ein Sprengstoffattentat auf das Kraftfahrzeug des sowjetischen Militärkommandanten. Nach ihrer Festnahme gaben die Terroristen zu, daß sie zu weiteren Sprengstoff- und Mordanschlägen beauftragt waren und „Waffen und Sprengmittel ebenso wie die Weisungen, Terrorakte zu verüben, aus den Westzonen erhalten“ hatten.

Das waren eindeutige Fakten, die neue Fragen zur Sicherung der bisher trotz aller Anstrengungen nur lückenhaft überwachten Demarkationslinie aufwarfen. Diese Aufgabe wurde noch dringlicher, als die bisherige Zonengrenze mit der Einführung einer Separatwährung in den Westzonen am 20. Juni 1948 faktisch den Charakter einer Grenze zwischen zwei Staatsgebieten erhielt.

Dieser entscheidende Schritt zur Spaltung Deutschlands war von langer Hand vorbereitet. Während die Westmächte noch scheinbar ernsthaft mit der UdSSR im Kontrollrat über eine ganz Deutschland umfassende Währungslösung verhandelten, hatten sie längst die entscheidenden Vorbereitungen für den Anschlag getroffen: Die von der CIA abgeschirmte Geheimoperation trug den Decknamen „Bird Dog“. Hiernach war bereits am 25. November 1947 mit dem USA-Frachter „American Farmer“ in Bremerhaven eine Ladung von 4800 Kisten mit einem Gesamtgewicht von 192 Tonnen eingetroffen. In ihnen befanden sich in den USA gedruckte Banknoten, die am „Tag X“ in den Westzonen ausgegeben werden sollten. Eine Spezialeinheit der amerikanischen Armee überführte die Kisten nach Frankfurt am Main. Weitere fünf Schiffsladungen folgten. Ende Mai 1948 lagerten in einer streng bewachten Tiefbunkeranlage 22 895 Kisten neues Geld im Gesamtgewicht von 915 Tonnen.

Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen eine am Dollar orientierte eigene Währung eingeführt. Sie war der entscheidende ökonomische Schritt auf dem Weg zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates und zugleich ein massiver Vorstoß des Imperialismus, um sich durch den Einsatz seiner ökonomischen und militärischen Macht den Osten Deutschlands wieder zu unterwerfen.

Besonders deutlich wurde das, als die Westmächte am 23. Juni 1948 wortbrüchig die separate Währungsreform auch auf die Berliner Westsektoren übertrugen und damit die Berlinkrise provozierten. Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen hätten sie damit das Wirtschaftsgefüge der sowjetischen Besatzungszone in kurzer Zeit tief erschüttern können. Die imperialistischen Pläne scheiterten jedoch an der entschlossenen Politik der Sowjetunion.

Auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration wurde unverzüglich der Personenverkehr zwischen der sowjetischen Besatzungszone einschließlich Berlins und den Westzonen vollständig unterbrochen, der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin vorerst strenger kontrolliert und schließlich zeitweilig unterbunden.

Obwohl die Sowjetunion zugleich an ihren bisherigen Vorschlägen zur gemeinsamen Regelung der Währungsreform festhielt und sogar anbot, die Bevölkerung der Westsektoren Berlins mitzuversorgen, stellten die Westmächte daraufhin den gesamten Interzonenhandel ein und gingen zur Selbstblockade Westberlins über. Allein diese Tatsachen zeigen deutlich genug, daß die von ihnen mit einem Kostenaufwand von 252,5 Millionen Dollar geschaffene „Luftbrücke“, die vom Juni 1948 bis zum September 1949 bestand, nicht dem damals mit allen propagandistischen Mitteln

4. Die Schaffung des „Ring um Berlin“ als besondere Sicherungslinie

Das schrittweise und immer eindeutiger Abgehen der Westmächte von der mit der UdSSR vereinbarten gemeinsamen Politik und der Bruch der gültigen völkerrechtlichen Abkommen hatten schon bald nach Kriegsende Sicherungs- und Schutzmaßnahmen unabdingbar gemacht. Die Lösung dieser Aufgabe war aber außerordentlich kompliziert.

Bekanntlich hatte sich die Stationierung von Truppen der westlichen Alliierten in zwölf Verwaltungsbezirken Berlins daraus ergeben, daß der Alliierte Kontrollrat seinen Sitz in Berlin erhielt. Um seine normale Tätigkeit als oberstes Organ der Viermächte-Militärverwaltung für die Zeit der militärischen Besetzung Deutschlands im Sinne der vor allem in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam festgelegten gemeinsamen Politik der Alliierten zu ermöglichen, war der Viermächtestatus Berlins geschaffen worden.

Die Abkommen, die diesen Status im einzelnen begründeten, betrachteten zwar ganz Berlin zwecks gemeinsamer Verwaltung als besonderes Gebiet, zugleich aber als untrennbaren Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Neben verschiedenen Äußerungen führender Vertreter der Westmächte haben diese selbst die genannte Rechtslage in offiziellen Dokumenten der vier Mächte anerkannt. So hieß es in einem vom Alliierten Kontrollrat auf seiner Sitzung vom 20. bis 25. Februar 1947 bestätigten und der Moskauer Tagung des Außenministerrates als offizielles Dokument übergebenen Bericht, daß Berlin, von den vier Mächten besetzt, „zugleich Hauptstadt der sowjetischen Besatzungszone ist“. Der Viermächtestatus Berlins und damit die Anwesenheit westlicher Truppen in dieser Stadt war folglich an die Durchsetzung der alliierten Vereinbarung und an die Tätigkeit der gemeinsamen alliierten Organe, insbesondere des Kontrollrates, gebunden. Mit seiner Untergrabung durch die imperialistischen Westmächte entstand eine komplizierte politische Situation, um so mehr, als diese Mächte Westberlin in ihre aggressiven antisozialistischen Pläne einbezogen.

Zum anderen hatte die von den drei Westmächten in den von ihnen verwalteten Sektoren Berlins praktizierte Politik des systematischen Bruchs der alliierten Vereinbarungen dazu geführt, daß dieser Teil Berlins auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bereits in den Jahren 1946/47 immer sichtbarer hinter der progressiven Entwicklung im Ostteil dieser Stadt und in der gesamten sowjetischen Besatzungszone zurückblieb.

Unter den Nachkriegsbedingungen fanden damit Schieber- und Spekulantentum besonderen Nährboden und gefährdeten die kontinuierliche Versorgung auch der angrenzenden Gebiete. Die Polizei des Landes Bran-

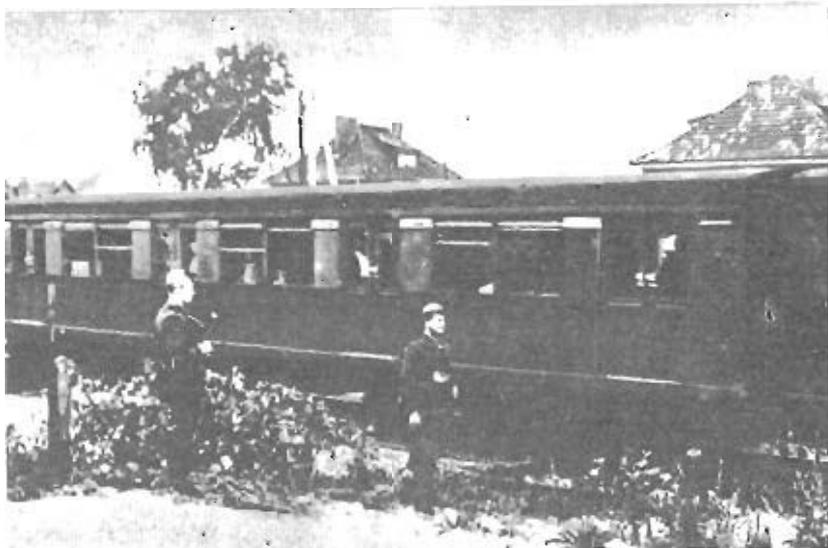
denburg mußte deshalb bereits in den Jahren 1946/47 mehrfach an den Verkehrsknotenpunkten zu den Westsektoren Berlins gegen diese Wirtschaftssaboteure eingesetzt werden. Die erste Aktion dieser Art mit etwa 500 Schutzpolizisten erfolgte vom 24. Oktober bis 17. Dezember 1946. Diese Einsätze trugen die Bezeichnung „Ring um Berlin“.

Die imperialistischen Besatzungsmächte bauten Westberlin im Zusammenhang mit der offenen Vorbereitung eines Separatstaates und mit der Auslösung des kalten Krieges immer mehr zu einem vorgeschobenen Stützpunkt ihrer antisowjetischen Politik und zur Frontstadt des kalten Krieges aus. Die vor allem gegen die revolutionäre Umwälzung im Osten Deutschlands gerichtete Politik wurde nicht nur von den Vertretern der Monopolbourgeoisie der Westzonen und Westberlins maßgeblich mitgeprägt, sondern auch von rechten sozialdemokratischen Führern nach Kräften unterstützt.

Die imperialistischen Störmaßnahmen in Berlin richteten sich auch gegen die Lebensfähigkeit der Stadt selbst. Dazu gehörte unter anderem, daß ab Ende 1947 verstärkt ganze Betriebsteile nach den Westzonen verlagert wurden – nicht selten unter Mißbrauch alliierter Festlegungen über den Verkehr.

Dieser Entwicklung konnten weder die sowjetischen Besatzungsorgane noch die deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräfte tatenlos zusehen. Am 1. April 1948, also nachdem der Alliierte Kontrollrat durch die Schuld der Westmächte seine Tätigkeit eingestellt hatte, setzte die sowjetische Militärverwaltung daher neue Bestimmungen für den Verkehr zwischen den Westzonen und Berlin in Kraft. Danach hatten sich die Angehörigen der westlichen Militärbehörden und ihre Angehörigen bei den sowjetischen Kontrollen zu legitimieren. Im Interesse der wirtschaftlichen Stabilisierung der Stadt forderten die sowjetischen Behörden ferner für die Ausfuhr von Gütern der drei Westmächte aus Berlin Freigabebescheinigungen.

Mit der wachsenden Eigenverantwortung der demokratischen Machtorgane wurden sie von der sowjetischen Militärverwaltung in stärkerem Maße in die Sicherungsmaßnahmen einbezogen. Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg bildete die Landespolizeibehörde ab 1. April 1948 eine ihr unmittelbar unterstehende besondere Polizeiformation „Ring um Berlin“. Sie erhielt die Aufgabe, die Grenze zu Groß-Berlin zu überwachen und gliederte sich in einen inneren und einen äußeren Ring. Ersterer umfaßte Kontrollpunkte an den wichtigsten Straßen, letzterer solche auf Bahnhöfen und Wasserstraßen. Die gesamte Stadtgrenze Groß-Berlins in einer Länge von etwa 300 km wurde in vier Kommandanturen – Falkensee, Schwanebeck, Schmöckwitz und Teltow – mit je 3 Abschnitten eingeteilt. Insgesamt beschränkte sich die Kontrolle auf ein weitmaschiges Netz von 71 Straßen- sowie 17 Bahnhofs- und Wasserstraßenkontrollpunkten.



Unter den komplizierten Bedingungen einer Großstadt leisten die Grenzposten des „Ringes um Berlin“ einen verantwortungsvollen Dienst

Nicht zuletzt als Ausdruck des Bestrebens, den drei Westmächten die Rückkehr zu den alliierten Vereinbarungen zu erleichtern, trug der „Ring um Berlin“ zunächst ausdrücklich provisorischen Charakter. Der Personalbestand von rund 800 Mann setzte sich lediglich aus vorübergehend dorthin kommandierten Angehörigen der Kreispolizeiamter des Landes Brandenburg zusammen. Da die Westmächte jedoch die Spaltung forcierten, die **Alliierte Kommandantur von Groß-Berlin** ausschalteten, die einheitliche Währung und mit Unterstützung reaktionärer Kräfte der Westsektoren schließlich auch die einheitliche Verwaltung Berlins sprengten, reichten diese provisorischen Sicherungsmaßnahmen nicht mehr aus. Deshalb wandelte die Deutsche Verwaltung des Innern am 27. April 1949 den „Ring um Berlin“ in eine Grenzbereitschaft um, die zunächst direkt ihrer Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaften unterstand und verstärkte sie zugleich personell. Der Stab der Grenzbereitschaft befand sich in Summt/Finkenkrug.

In angestrengtem Einsatz gewährleisteten sowjetische Soldaten und deutsche Grenzpolizisten die schon genannten, zunächst zeitweilig gedachten Verkehrsbeschränkungen, die insbesondere zur Abwehr des imperialistischen Währungsanschlags notwendig geworden waren. Sie schlossen auch die polizeiliche Überwachung der damaligen Sektorengrenze ein.

Diese zum Schutz der sowjetischen Besatzungszone und ihres wirtschaftlichen Aufbaus notwendigen Maßnahmen bedeuteten seitens der UdSSR keinen Verzicht auf weitere Entspannungsbemühungen. Die Sowjetregierung drängte vielmehr die USA, Großbritannien und Frankreich auch

weiterhin, vom Boykott der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Abstand zu nehmen. In Verhandlungen mit den drei Westmächten setzte sie durch, den von diesen Mächten gesprenkten Rat der Außenminister zur Klärung der strittigen Probleme einzuberufen. Zugleich vereinbarte sie mit ihnen, die seit 1. März 1948 durchgeführten beiderseitigen Beschränkungen im Nachrichtenwesen, Transport und Handel mit Wirkung vom 12. Mai 1949 aufzuheben.

Auf der Ende Mai 1949 in Paris begonnenen VI. Konferenz des Rates der Außenminister trat die Sowjetunion für die Wiederherstellung der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und der Alliierten Kommandantur in Berlin ein.

Obwohl die Westmächte einer Reihe praktischer Maßnahmen zustimmen mußten, setzten sie unmittelbar nach Beendigung der Beratungen ihre Spaltungspolitik fort. Sie besiegelten dabei mit dem Erlaß des Besatzungsstatuts für Westberlin im Juni 1949 auch die Spaltung Berlins und die separate Entwicklung seines westlichen Teils.

Im Gegensatz dazu hielt sich die Sowjetunion konsequent an die getroffenen Vereinbarungen. Sie hatte nicht nur vereinbarungsgemäß ab 12. Mai die früheren Verkehrsverbindungen zwischen den Westzonen und Berlin über Helmstedt wiederhergestellt, sondern eröffnete am 28. Juli 1949 auch 10 zusätzliche Grenzübergänge.

Das Sicherungssystem „Ring um Berlin“ blieb auf die äußere Stadtgrenze beschränkt. Zur weiteren Stabilisierung sowie zur Verbesserung der Führungsverhältnisse in dem räumlich ausgedehnten Gebiet erfolgte Ende September 1949 eine Reorganisation der dort eingesetzten Grenzsicherungskräfte. Aus der Grenz Bereitschaft „Ring um Berlin“ entstand unter Beibehaltung der bisherigen Stärke die Grenzpolizei-Abteilung „Ring um Berlin“ mit drei Grenz Bereitschaften, die unmittelbar dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern unterstellt war. Zu ihnen gehörten die Grenz Bereitschaft I, Teltow, mit den Kommandanturen in Schulzendorf, Mahlow und Kleinmachnow, die Grenz Bereitschaft II, Falkensee, mit den Kommandanturen in Groß-Glienicke, Falkensee und Hennigsdorf und die Grenz Bereitschaft III, Blumberg, mit den Kommandanturen in Summt, Blumberg und Schöneiche. Leiter der Abteilung war der spätere Generalmajor Edwin Maseberg, ehemals Angehöriger des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und einer der ersten Polizeirevierleiter in Dresden. Sein Stellvertreter Polit-Kultur wurde Erwin Grant, Mitglied der KPD seit 1930. Dieser „Ring um Berlin“, an der Stadtgrenze von Groß-Berlin aufgebaut, war ein besonders deutlicher Ausdruck der konsequent verfolgten Linie, notwendige Schutzmaßnahmen zu ergreifen, dabei aber alle nur möglichen Voraussetzungen offenzuhalten, um die imperialistische Spaltungspolitik zu durchkreuzen. Der „Ring um Berlin“ war also eine Kompromißlösung im Kampf um die Durchsetzung der historischen Verpflichtung, auf dem gesamten deutschen Nachkriegs-territorium eine demokratische Wende zu vollziehen.

5. Die Grenzpolizei am Vorabend der Gründung der DDR

Der spätere langjährige Chef des Stabes im Kommando der Grenztruppen, Oberst Greiner-Mai, seit September 1945 bereits bei der Polizei und seit Mai 1949 Leiter der Schutzpolizei von Weimar, erinnert sich:

„Am 14. September 1949 wurde ich zur Aussprache zur Landesbehörde der VP befohlen. Der damalige Stellvertreter des Chefs der Landesbehörde, VP-Inspekteur Braun (ehemaliger Häftling im KZ Buchenwald), eröffnete mir kurz und bündig, daß ich ab 20. September 1949 als Kommandeur zur Grenzbereitschaft Köppelsdorf versetzt sei.

Ich war mit dieser Festlegung zwar nicht sofort einverstanden, stimmte aber schließlich zu, weil ich überzeugt war, daß der Kampf um ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland schließlich von Erfolg gekrönt sein wird und sich damit auch die Frage der quer durch Deutschland verlaufenden Demarkationslinie von selbst löst.

Wie befohlen, übernahm ich am 20. September 1949 die Grenzbereitschaft Köppelsdorf . . . Die ersten Wochen waren außerordentlich schwierig. Weder ich noch die gleichzeitig mit mir neu eingesetzten Stellvertreter hatten Erfahrungen im Grenzdienst . . . Die Grenzbereitschaft Köppelsdorf (heute Ortsteil der Kreisstadt Sonneberg) hatte einen ca. 140 km langen Grenzabschnitt zu sichern. Sie gliederte sich in den Stab, in 3 Grenzkommandanturen mit je 4 oder 5 Grenzkommandos . . .

Der genaue Verlauf der Demarkationslinie war nicht markiert. Wir verfügten auch über keinerlei offizielle Dokumentation. Generell galt der Verlauf der ehemals thüringisch-bayerischen Landesgrenze als Demarkationslinie. Als allgemeine Orientierung dienten die alten Ländergrenzsteine, die jedoch nicht mehr lückenlos vorhanden waren. Außerdem bestand eine Vielzahl von Besonderheiten, die die Grenzsicherung zusätzlich komplizierten. So schnitt die Demarkationslinie vielfach Ortsverbindungsstraßen, die von Bewohnern beiderseits liegender Ortschaften benutzt werden mußten.“

Dieser Erinnerungsbericht ist in vieler Hinsicht für den damaligen Entwicklungsstand der Grenzpolizei, der Grenzsicherung und ihrer zeitgemäßen Probleme charakteristisch. Er dokumentiert auch die in jener Zeit bezüglich der Demarkationslinie vorherrschende Denkweise älterer wie auch jüngerer Angehöriger der Grenzpolizei.

Wie schon angedeutet, hatte die Dynamik der Klassenauseinandersetzung mehrfach rasche Entscheidungen speziell auch für die Grenzsicherungskräfte und ihre Entwicklung gefordert, so im Mai 1948, als vorübergehend Teile der Schutzpolizei zur Sicherung der Demarkationslinie eingesetzt werden mußten, aber auch im Frühjahr 1949, als es galt, innerhalb weniger Wochen die Grenzpolizei über die Hälfte zu vergrößern.

Besonders dank der großen Aktivität der Freien Deutschen Jugend konnte die „Aktion G-stark“ kurzfristig und erfolgreich durchgeführt werden.

Die zahlenmäßige Verstärkung wies deutlich zwei Tendenzen auf: Einmal wurden, der gewachsenen Bedeutung des Schutzes der Demarkationslinie entsprechend, besonders die dort dislozierten Einheiten verstärkt. So kamen bei der zweiten personellen Verstärkung ab April 1949 über 50 Prozent der Kräfte an die Demarkationslinie. Die zweite Tendenz bestand in der Vergrößerung der Grenzkommandos. Zählte ein Grenzkommando bisher 10 Mann, so erhöhte sich seine Stärke im April 1949 generell auf 18 Mann. Bei einer weiteren Reorganisation der Grenzpolizei, die von August bis September 1949 stattfand, stieg die Stärke auf 38 Mann. Gleichzeitig verringerte sich die Anzahl der Grenzkommandos. Beide Tendenzen entsprachen der von der veränderten militärpolitischen Lage bestimmten Aufgabenstellung, vor allem die Demarkationslinie nicht mehr nur zu überwachen, sondern an der Seite der nach wie vor die Hauptlast tragenden sowjetischen Truppen am Schutz dieser Grenzlinie teilzunehmen.

Diese erweiterte Aufgabenstellung enthielt schon die neue „Instruktion für die Grenzpolizeiorgane zum Schutz der Grenze und der Demarkationslinie der SBZ Deutschlands“, die Anfang August 1948 von der Sowjetischen Militäradministration bestätigt wurde. Sie legte eindeutig fest, daß die Hauptaufgabe der Grenzpolizei im „Schutz der Demarkationslinie und der Grenzen“ besteht.

Ab 1. April 1949 trat ein vom Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern, Dr. K. Fischer, bestätigter Stellenplan für die Grenzpolizei in Kraft. Dieser Stellenplan umfaßte: den Stellenplan eines Kommandos, den Stellenplan einer Kommandantur, den Stellenplan einer Bereitschaft und die Aufgliederung nach Besoldungsgruppen.

Diebstahlverbot
Dienstreise

An den
Volkeinsatz

Betr. Einstufung

Auf Grund Ihres Tätigkeitsmerkmale lt. Stellenplan werden Sie mit Wirkung
vom in die Gehaltsgruppe eines
Volkeinsatz
eingestuft. Bei Änderung Ihres Tätigkeitsmerkmale ändern sich ebenfalls
Dienstgrad und Besoldungsgruppe.

Abteilungsleiter
In
Volkeinsatz

Ein Einstufungsbescheid aus dem Jahre 1949 für die Funktion eines Stellvertreters PK eines Grenzkommandos

1. Stellenplan eines Grenzpolizeikommandos

	Besoldungsgruppe/Verdienst	
1. Polizei-Meister, Leiter des Kdos.	1	XII 450 DM
2. Polizei-Meister, Stellvertreter PK	1	XII 450
3. Polizei-Oberwachtmeister, Leiter des Postendienstes	4	XIV 370
4. Polizei-Wachtmeister, Posten	12	XV 330
	18	

2. Stellenplan einer Grenzpolizei-Kommandantur

	Besoldungsgruppe/Verdienst	
1. Polizei-Rat, Leiter der Kdtr.	1	IX 670 DM
2. Polizei-Rat, Stellvertreter PK	1	IX 670
3. Polizei-Oberkommissar, Stabschef	1	X 580
4. Polizei-Meister, Dolmetscher	1	XII 450
5. Polizei-Oberwachtmeister, Hilfssachbearbeiter	1	XIV 370
6. Polizei-Meister, Instrukteur	2	XII 450
7. Polizei-Hauptwachtmeister, Personalsachbearbeiter	1	XIII 400
8. Polizei-Kommissar (Kriminalist), Leiter des Fahndungsdienstes	1	XI 500
9. Polizei-Hauptwachtmeister (Kriminalist), Sachbearbeiter für Fahndung	2	XIII 400
10. Polizei-Hauptwachtmeister, Asservatenverwalter	1	XIII 400
11. Polizei-Oberwachtmeister (Kriminalist), Fahndungskartei	1	XIV 370
12. Polizei-Oberwachtmeister, Durchsuchung von weibl. Grenzgängern	1	XIV 370
13. Polizei-Hauptwachtmeister, Waffenmeister	1	XIII 400
14. Polizei-Hauptwachtmeister für materiell-technische Versorgung	1	XIII 400
15. Polizei-Oberwachtmeister, Kraftfahrer	3	XIV 370
16. Polizei-Wachtmeister, Kradfahrer	2	XV 330
17. Polizei-Oberwachtmeister, Leiter des Begleitschutzes	2	XIV 370
18. Polizei-Wachtmeister, Begleiter	4	XV 330
19. Polizei-Wachtmeister, Wache der Kdtr.	3	XV 330
	30	

3. Stellenplan einer Grenzpolizeibereitschaft

	Besoldungsgruppe	Verdienst
1. Polizei-Oberrat, Leiter der Bereitschaft	1 VIII	725 DM
2. Polizei-Oberrat, Stellvertreter PK	1 VIII	725
3. Polizei-Rat, Stabschef	1 IX	670
4. Polizei-Kommissar, Kassierer	1 XI	500
5. Polizei-Meister, Buchhalter	1 XII	450
6. Polizei-Kommissar, Dolmetscher	1 XI	500
7. Polizei-Oberkommissar, Instrukteur	2 X	580
8. Polizei-Kommissar, Statistik und Personal	1 XI	500
9. Polizei-Kommissar (Kriminalist),	1 XI	500
10. Polizei-Meister für materiell- technische Versorgung	1 XII	450
11. Polizei-Hauptwachtmeister, Waffenmeister	1 XIII	400
12. Polizei-Oberkommissar, Polizeiarzt	1 X	580
13. Polizei-Meister, Ltr. Nachrichtenwesen	1 XII	450
14. Polizei-Hauptwachtmeister, Fahrer	2 XIII	400
15. Polizei-Oberwachtmeister, Leiter des Begleitdienstes	1 XIV	370
16. Polizei-Wachtmeister, Begleiter	3 XV	330
17. Polizei-Wachtmeister, Wache der Bereitschaft	3 XV	330
	23	

Anmerkung: Mit Befehl Nr. 41 des **Präsidenten der DVdI** wurden ab 1. Juni 1949 die Dienstgradbezeichnungen von Polizei- in Volkspolizei- umbenannt.

Eine weitere markante Entwicklungslinie zeigte sich in der **Zentralisierung der Grenzpolizei** im Jahre 1948. Sie war Bestandteil der für die Machtorgane der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in dieser Zeit insgesamt charakteristischen Weiterentwicklung. Diese fand ihren Ausdruck in der Stärkung der Zentralverwaltung und der Übergabe größerer Vollmachten an sie durch die Sowjetische Militäradministration. Dementsprechend machte sich die Zusammenfassung der Polizeikräfte unter einer einheitlichen Leitung notwendig. Die Dringlichkeit dieser Maßnahme wurde bereits auf der ersten staatspolitischen Konferenz der SED vom 23. bis 24. Juli 1948 in Werder (Havel) hervorgehoben.

Als Beginn der schrittweisen Zentralisierung der Grenzpolizei entstand bereits im August 1948 bei der Deutschen Verwaltung des Innern eine Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaften. Leiter der Hauptabtei-

lung war der am 27. Mai 1913 geborene Hermann Rentzsch, ehemaliges Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. In Stalingrad in Gefangenschaft geraten, wurde er nach dem Besuch einer Antifa-Schule Frontbevollmächtigter des NKFD. Die Faschisten hatten ihn in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Bei den Landespolizeibehörden entstanden je eine Abteilung Grenzpolizei und Bereitschaften. Mit Wirkung vom 15. November 1948 wurden schließlich die Grenzpolizei und die Polizeibereitschaften der Deutschen Verwaltung des Innern direkt unterstellt. Etwa zu dieser Zeit konnte auch mit der Unterbringung aller Grenzpolizeiangehörigen in Gemeinschaftsunterkünften begonnen werden. Damit entstanden wichtige Voraussetzungen, um durch einheitliche Anleitung, systematische Ausbildung und Schulung die Grenzpolizei kontinuierlich als selbständiges Polizeiorgan zu entwickeln und ihre Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Natürlich konnten viele Bedingungen dafür nur allmählich geschaffen werden.

Beispielsweise warf die Gemeinschaftsunterbringung in den Grenzkommandos, die zumeist in Dörfern lagen, angesichts der damaligen Wohnraum- und Baustoffknappheit große Probleme auf. Überwiegend wurden daher Baracken errichtet, die in der Regel aus ehemaligen Umsiedlerlagern stammten. Doch diese Möglichkeiten reichten nicht aus. Deshalb blieb es in zahlreichen Grenzkommandos bis weit in das Jahr 1949 hinein bei der privaten Unterbringung, was den Grenzdienst und die planmäßige Ausbildung weiterhin sehr komplizierte.

Die Verschärfung der internationalen Lage und die damit verbundene Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland stellten zunehmend Sicherungsanforderungen, die nicht allein durch die Grenzpolizei zu erfüllen waren. Angesichts der von aggressiven Kreisen des Imperialismus heraufbeschworenen Kriegsgefahr rief das Politbüro des ZK der SED das deutsche Volk auf, im Falle einer imperialistischen Aggression „gegen die Aggressoren zu kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens zu unterstützen“. Gleichzeitig war es notwendig, die antifaschistisch-demokratische Ordnung auch im Innern gegen Bürgerkriegspläne reaktionärer Kreise in den Westzonen und anderer konterrevolutionärer Kräfte zuverlässig zu schützen. Deshalb wurde Mitte 1949 unter Führung der SED begonnen, die Polizeibereitschaften unter Beibehaltung ihres Polizeicharakters als Organe für die verstärkte innere Sicherung der revolutionären Errungenschaften im Osten Deutschlands weiterzuentwickeln.

Angesichts der verschiedenartigen Aufgaben – bei den Polizeibereitschaften standen Ausbildungsfragen und bei der Grenzpolizei Erfordernisse der ständigen unmittelbaren Grenzsicherung im Vordergrund – war die Führung durch ein Organ nicht mehr zweckmäßig. Deshalb wurde die Grenzpolizei durch einen Befehl des Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern mit Wirkung vom 20. Juli 1949 aus der Unterstellung unter die Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaften, herausgelöst.

Aus der nunmehr nur noch für die Führung der Volkspolizeibereitschaften zuständigen Hauptabteilung ging am 25. August 1949 die „Verwaltung für Schulung in der Deutschen Verwaltung des Innern“ hervor. Deren Aufgaben verlangten eine zentrale Führung. Die weitere Festigung der Grenzpolizei war jedoch auch auf Länderbasis möglich. Daher wurde die Grenzpolizei erneut den Chefs der Landespolizeibehörden unmittelbar unterstellt. Die zur gleichen Zeit bei der Deutschen Verwaltung des Innern gebildete Hauptabteilung Grenzpolizei besaß gegenüber den in den Ländern wiederentstehenden Abteilungen der Grenzpolizei nur hinsichtlich des operativen Einsatzes und der Koordinierung im Zonenmaßstab Weisungsrecht.

Diese nochmalige Dezentralisierung der Grenzpolizei endete erst mit Ablauf des Jahres 1950. Sie verdeutlicht die komplizierten Bedingungen jener Zeit, als die Arbeiterklasse im Osten Deutschlands begann, die von ihr geschaffene neue Ordnung auch selbst zu schützen und damit an der Seite der Sowjetunion einen den Erfordernissen und Möglichkeiten entsprechenden Beitrag für die Sicherung des Friedens zu leisten.

Die Lösung der ab 1948 für die Grenzsicherung entstandenen Aufgaben erforderte die allseitige innere Festigung der Grenzpolizei in organisatorischer, fachlicher und politischer Hinsicht. Das ergab sich vor allem aus der Schärfe des Klassenkampfes, aber auch aus dem bisherigen Entwicklungsstand der Grenzpolizei. Der größte Teil der Grenzpolizisten versah seinen schweren Dienst, der häufig 12 Stunden überstieg, noch immer ohne systematische Ausbildung. Dazu kam, daß viele der älteren Genossen, die im November 1946 den Dienst an der Grenze aufgenommen hatten, auf Weisung der Partei in die örtlichen Polizeidienststellen zurückgekehrt und durch jüngere Kader ersetzt worden waren, die den physischen Belastungen des Grenzdienstes besser standhielten. Zum Beispiel waren 80 Prozent der Angehörigen der Thüringischen Grenzpolizei Ende 1947 frühestens seit Dezember 1946 im Polizeidienst. Nur 11 Prozent der gesamten Thüringer Grenzpolizisten hatten eine Polizeischule besucht. Die bisherige „Ausbildung“ beschränkte sich zumeist auf ein- oder zweimal wöchentlich stattfindende Dienstbesprechungen. Eine Schießausbildung gab es vorerst überhaupt nicht. Die im August 1948 erlassene Instruktion für die Grenzpolizei trug dieser Lage Rechnung. Sie legte erstmalig die planmäßige politische und fachliche Schulung ihrer Angehörigen fest und forderte zugleich eine Verpflichtung für mindestens 3 Jahre als Voraussetzung für den freiwilligen Dienst in der Grenzpolizei. Im zweiten Halbjahr 1948 begann in Form der sogenannten Breitenschulung eine planmäßige politische und polizeitaktische Ausbildung.

Angesichts der gespannten Situation an der Demarkationslinie und der immer noch schwierigen materiellen Bedingungen verlief die Ausbildung jedoch vorerst recht sporadisch. Erst vom 1. Quartal 1949 an konnte sie

intensiver durchgeführt werden. Jeder Grenzpolizist nahm nunmehr pro Woche an 8 Stunden Ausbildung teil. Als Grundlage dienten Schulungshefte der Deutschen Verwaltung des Innern, aber auch Unterlagen, die bewährte und qualifizierte Grenzpolizisten selbst schufen.

So gelang es unter großen Anstrengungen, im Jahre 1949 eine Wende in der Ausbildung einzuleiten. Vereinzelt ab Februar 1949 und generell ab Mai 1949 wurden 14-tägige Einweisungslehrgänge für alle neu eingestellten Grenzpolizisten durchgeführt. Während der „Aktion G-stark“ mußten dazu auch Einrichtungen der Schutzpolizei, zum Beispiel die Landespolizeischule Rostock, genutzt werden. Von Dezember 1948 bis Januar 1949 fanden der erste Politikultur (PK) - Leiter-Lehrgang in Erfurt und im ersten Halbjahr 1949 der erste viermonatige Kommandoleiterlehrgang in Potsdam statt. Mitte 1949 folgten die ersten Instrukteur- und Lektoren-Lehrgänge in Meiningen, die etwa 3 Wochen dauerten, und im März/April der erste dreiwöchige Unterführerlehrgang in Dresden.

In kürzester Frist mußten sich also die jungen Arbeiter und anderen Werktätigen zumindest ein elementares fachliches und theoretisches Wissen für ihre Funktion in der Grenzpolizei aneignen. Ergänzt durch die harte Schule des Klassenkampfes im Grenzdienst, begann so die Entwicklung vieler hervorragender Führungskader der Grenzpolizei.

Auch die Ausbildung des Mannschaftsbestandes wurde wesentlich verbessert. Im ersten Halbjahr 1949 konnten die ersten Schulschießübungen mit dem Karabiner und in Mecklenburg und Sachsen-Anhalt zusätzlich – wenn auch noch in geringem Umfange – mit der Pistole durchgeführt werden. Im Juli 1949 begann in allen Grenzbereitschaften ein sechsmonatiges Ausbildungsprogramm, so daß bis Ende 1949 alle Angehörigen der Grenzpolizeikommandos einen Ausbildungskursus absolviert hatten.

Damit konnte der dringendste Nachholebedarf in der Ausbildung befriedigt werden, so daß nunmehr deren planmäßige und kontinuierliche Entwicklung begann. Dazu wurde ab Mitte August 1949, zunächst nur in Thüringen und Sachsen-Anhalt, je eine spezielle Einheit als Ausbildungs- und Reserve-Grenzbereitschaft gebildet. Diese Einheiten wurden in Sondershausen und in Aschersleben stationiert. Aus ihnen gingen einige Jahre später die Lehranstalten der Grenzpolizei und der Volkspolizei hervor.

Ausschlaggebend für die innere Festigung der Grenzpolizei sowie für deren erfolgreiche Gesamtentwicklung war jedoch die weitere Durchsetzung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse.

Hunderte von Grenzpolizisten erhielten in dieser Zeit die Möglichkeit, Kreis- bzw. Landesparteischulen der SED zu besuchen, um sich dort marxistisch-leninistische Grundkenntnisse anzueignen.

Seit der Bildung der Grenzpolizei besaßen die Arbeiterklasse und ihre marxistische Partei feste Positionen in diesem Organ der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Etwa 80 Prozent der Grenzpolizisten waren selbst Angehörige dieser Klasse. Die führende Rolle der SED im gesamten revolutionären Umwälzungsprozeß und speziell in den neugeschaffenen Machtorganen war und blieb die entscheidende Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung der Grenzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern. Indem die Führungsorgane der SED alle Fragen in enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen Klassengenossen lösten, nutzten sie deren Erfahrungen, wie die Hegemonie der Arbeiterklasse in den bewaffneten Organen zu sichern und auszubauen ist.

Die konsequente Weiterführung der revolutionären Umwälzung im Osten Deutschlands stellte auch höhere politische Anforderungen an deren Machtorgane. Sie mußten befähigt werden, Funktionen der Diktatur des Proletariats auszuüben.

Die wichtigsten neuen Aufgaben für die Polizeiorgane, die sich daraus ergaben, wurden auf der schon erwähnten staatspolitischen Konferenz in Werder (Havel) vom Juli 1948 wie folgt umrissen: „Wir müssen . . . dafür sorgen, daß sie (die Volkspolizei - W.H.) mit der Politik der Partei Schritt hält. Aus dem Grunde wird neben dem Leiter der Polizei ein Politkulturleiter stehen, der die Befehle gegenzeichnet und für den politischen und ideologischen Zustand jedes einzelnen Angehörigen der Partei verantwortlich ist. Innerhalb der Polizei gibt es in den Bereitschaften eine einheitliche Parteiorganisation, die nicht den Parteiorganisationen des Ortes, des Kreises oder des Landes untersteht . . .“.

Die Bildung eines selbständigen SED-Landesverbandes für die Grenzpolizei - gleichzeitig entstand ein FDJ-Landesverband - und die Schaffung der Polit-Kultur-Organen leiteten eine höhere Stufe der Führung der Grenzpolizei durch die SED ein. Mit den neugeschaffenen Organen wurden auf Polizeibedingungen angewandte Grundprinzipien des Aufbaus bewaffneter Kräfte der Arbeiter-und-Bauern-Macht verwirklicht. Sie hatten sich bereits in der Sowjetunion bewährt und waren auch für die bewaffneten Organe der volksdemokratischen Länder typisch. Die Arbeit der neugeschaffenen Organe war darauf gerichtet, die führende Rolle der Partei in allen Dienststellen konsequent durchzusetzen, die Einheit von politischer und fachlicher Führung und Ausbildung der Grenzpolizei herzustellen und die politische Arbeit generell zu verstärken.

Die Konstituierung der SED- und FDJ-Landesverbände für die Grenzpolizei diente dem Ziel, die Partei- und die Jugendarbeit für die Erfordernisse des Grenzdienstes zu profilieren und die schöpferische Initiative der Partei- und FDJ-Mitglieder weiter zu entfalten. Zusammen mit der Einführung der Polit-Kultur-Organen, den späteren Politorganen, trugen sie dazu bei, daß sich die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei noch tatkräftiger und vorwärtsdrängender als Hauptquelle aller Erfolge entwickeln konnte.

Großen Anteil daran hatten die Mitglieder und Kandidaten der Partei in der Grenzpolizei selbst. Ihrem unermüdlichen Einsatz war es vor allem zu verdanken, daß die Grenzpolizisten den politischen Inhalt ihres Klüssenauftrages immer besser verstanden.

Auf die innere Festigung der Grenzpolizei war auch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gerichtet. Dazu gehörte die Einführung einer einheitlichen Struktur im August 1949, mit der die bisher unterschiedlichen Stärken der Grenzbereitschaften beseitigt und die schon genannten 38-Mann-Kommandos gebildet wurden. Auf dieser Grundlage begann im September eine neue Dienstorganisation, die unter anderem den Grenzdienst erstmalig auf täglich 8 Stunden reduzierte und Ausbildung sowie Freizeit regelte. Zur gleichen Zeit wurde die erste umfassende Disziplinarordnung eingeführt.

Die neuen Aufgaben erforderten ebenfalls, die materiellen Bedingungen des Grenzdienstes weiter zu verbessern. Die Einheiten der Grenzpolizei und der Bereitschaften in den einzelnen Ländern erhielten von Juli bis Oktober 1948 anstelle der verschiedenartigen und zum Teil nur noch bedingt einsatzfähigen Waffen eine einheitliche Schützenbewaffnung mit Karabiner 98 k und Pistolen. Sie wurden ihnen von Arbeitern volkseigener Betriebe in feierlicher Form überreicht. Diese symbolische Handlung unterstrich den zutiefst demokratischen Auftrag der Grenzpolizisten, die Errungenschaften und Interessen des werktätigen Volkes zuverlässig zu schützen.

Ab 1949 konnte die Grenzpolizei teilweise mit Fahrzeugen ausgestattet werden. Für jede Grenzbereitschaft und -kommandantur waren ein PKW und ein LKW vorgesehen, wobei letztere allerdings nur bedingt zur Verfügung standen. Außerdem beeinträchtigte die starke Überalterung der Kraftfahrzeuge erheblich deren Einsatzfähigkeit. Die Grenzkommandos erhielten je zwei bzw. drei Fahrräder, einige auch schon ein Motorrad.

Heute nehmen sich diese Zahlen zweifellos bescheiden aus. Zu jener Zeit jedoch, als die Werktätigen überall in der Wirtschaft schwer mit den Auswirkungen des Krieges und der wirtschaftlichen Abspaltung der ökonomischen Hauptzentren Deutschlands zu ringen hatten, waren auch diese geringen technischen Mittel von großem Wert. Zur Verbesserung des Grenzdienstes trug ferner bei, daß die Grenzkommandos die ersten Schutz- und Fährtenhunde erhielten.

Die Maßnahmen zur zahlenmäßigen, materiellen und inneren Stärkung der Grenzpolizei entsprachen dringenden Erfordernissen. Nicht allein deshalb, weil entwicklungsbedingt viele solcher Fragen zunächst zurückgestellt werden mußten, weil Zeit und Mittel fehlten. Die Lage an der Grenze hatte sich weiter zugespitzt. Besonders gefährlich waren offene Provokationen von Angehörigen der imperialistischen Besatzungstruppen und der westdeutschen Polizeikräfte. Seit 1948 mehrten sich die Versuche britischer und US-Truppen, durch von Panzern und Schützenpanzerwagen unterstützte Angriffs- und Schießübungen in Richtung der Demarka-



Gemeinsam mit Sowjetsoldaten standen bis 1955 Grenzpolizisten der DDR auf Wacht

tionslinie die Grenzsicherungskräfte der sowjetischen Besatzungszone einzuschüchtern oder zu einem Feuerwechsel zu provozieren. Schon im zweiten Halbjahr 1948 eskalierten die westlichen Besatzungstruppen diese Provokationen und beschossen Grenzposten, so daß die Grenzpolizei erste Verletzte zu beklagen hatte.

Der Minister des Innern des Landes Thüringen, Willi Gebhardt, verurteilte am 8. Dezember 1948 im Sender Weimar diese provokatorischen Handlungen an der Demarkationslinie. Er führte u.a. aus: „Die Westpresse hat in der letzten Zeit mehrfach Nachrichten gebracht, nach denen es an der Demarkationslinie zwischen Thüringen und der amerikanischen Zone zu Grenzzwischenfällen und Schießereien gekommen sei, weil thüringische Volkspolizisten unbefugt in die andere Zone eingedrungen wären. Eine solche Meldung wird unter dem 24. 11. 1948 auch vom ‚Telegraf‘ gebracht. Nach anderen Meldungen in süddeutschen Zeitungen läßt man sich von illegalen Grenzgängern Berichte über solche Grenzzwischenfälle geben, immer in der Richtung, als ob durch das Verschulden unserer Volkspolizisten diese Schießereien auf amerikanischem Gebiet stattgefunden hätten. Die Meldungen sind eindeutig darauf abgestellt, für die Provokationen und Feuerüberfälle unsere Volkspolizisten verantwortlich zu machen; sie entsprechen in keinem Fall den Tatsachen . . .

Am 23. 11. 1948 fuhren zwei amerikanische Jeeps in der Nähe von Buttlar über die Demarkationslinie in sowjetisch besetztes Gebiet. Die in amerikanischen Uniformen gekleideten Insassen nahmen zwei in der Nähe stehende Volkspolizisten unter Feuer, wobei mehrere Salven abgegeben wurden. Dem einen Polizisten gelang es, in Deckung zu gehen, während der zweite verletzt wurde. Die Banditen (in Militär-Uniform) haben den verletzten Volkspolizisten ungefähr 30 m in Richtung Demarkationslinie geschleift und sind mit ihm in Richtung amerikanische Zone abgefahren. Auch dieser Tatort wurde durch Zeugenaussagen einwandfrei als sowjetisch besetztes Gebiet festgestellt. Unsere Polizisten standen mindestens 70 m von der Demarkationslinie entfernt, während die amerikanischen Jeeps etwa 30 m über den Grenzweg in unser Gebiet kamen. Durch Zivilisten wurde einwandfrei festgestellt, daß es sich um amerikanische Jeeps mit eingebauten MG's handelte. Nach Angaben des hessischen Innenministeriums in der Westpresse wird gerade von diesem Vorfall behauptet, daß er sich auf hessischem Gebiet zugetragen habe. Sämtliche Zwischenfälle an der Demarkationslinie haben nach durchgeführten Untersuchungen aber einwandfrei auf thüringischem Gebiet stattgefunden.

Erst in den letzten Tagen, am 4. 12. 1948, hat sich die Bande im Heldburger-Ländchen in der Nähe von Colberg wiederum bemerkbar gemacht. Von einer Gruppe von sieben Banditen, die sich ungefähr 200 m von der Demarkationslinie entfernt auf thüringischem Gebiet befanden, wurde ein Feuerüberfall auf zwei Volkspolizisten durchgeführt. Drei Banditen trugen schwarze Uniformen und weiße Stahlhelme, während sich die anderen in Zivil befanden.

Die Dienstanweisungen unserer Volkspolizisten sind klar und verlangen, daß die Demarkationslinie nicht verletzt werden darf. Unsere Polizei wird im Sinne einer fortschrittlichen demokratischen Entwicklung geschult. Die Volkspolizei steht an der Demarkationslinie, um dort Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die friedliche Arbeit der Grenzbevölkerung zu gewährleisten. Sie hat die Aufgabe, zu verhindern, daß Saboteure, Spekulanten und Schieber wichtiges Volksgut nach dem Westen bringen oder ihre feindliche Agententätigkeit entfalten können. Durch heimtückische Mordanschläge und Feuerüberfälle von bewaffneten Banden aus der Westzone, aber auch durch solche Anschläge von Personen in amerikanischen Uniformen und aus Kraftwagen der Amerikaner hat sie gerade in letzter Zeit verschiedentlich Opfer bringen müssen . . .

In einem speziellen Befehl vom November 1948 über das „Verhalten der Grenzpolizei bei Schießereien von den westlichen Besatzungszonen her“ hatte der Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern derartige Provokationen als Versuch der Klassenfeinde charakterisiert, „aus der Demarkationslinie . . . eine brennende Grenze“ zu machen und die Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone daran zu hindern, in ruhiger, friedlicher Arbeit die neue, demokratische Ordnung weiter zu festigen. Er wies die Grenzpolizei an, sich durch derartige Provokationen nicht abhalten zu lassen, ihre Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, und durch streng diszipliniertes Verhalten, insbesondere durch das strikte Einhalten der Schusswaffengebrauchsbestimmung, ihre Überlegenheit zu beweisen. Das war zweifellos nicht immer leicht, bewährte sich aber vielfach, um provokatorische Anschläge des Gegners zunichte zu machen. So versuchten zum Beispiel am 13. April 1949 USA-Soldaten, einen Zwischenfall zu inszenieren, indem sie 7 Grenzpolizisten der Grenz Bereitschaft Mihla (Thüringen) auf der damals neutralen Straße Großburschla-Klein Töpfer widerrechtlich festnahmen. Zu Hilfe kommende Grenzpolizisten ließen sich jedoch weder durch die Bedrohung mit Maschinengewehren noch durch einen abgegebenen Feuerstoß einschüchtern und verhinderten mutig die beabsichtigte Verschleppung ihrer Genossen.

Derartige bewaffnete Übergriffe der imperialistischen Besatzungstruppen beziehungsweise westdeutscher Polizeikräfte ermunterten verbrecherische Elemente, die im Grenzgebiet ihr Unwesen trieben. Im Spätsommer 1949 wurden die Volkspolizei-Wachtmeister Gerhard Hofert und Fritz Otto in Ausübung ihres Dienstes ermordet. Das waren die ersten Polizeiangehörigen, die für den Schutz der Grenzen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ihr Leben lassen mußten.

Die 1948 und 1949 zur Weiterentwicklung der Grenzsicherung und der Grenzpolizei eingeleiteten Maßnahmen waren von großer Bedeutung. In vieler Hinsicht bestätigte sich das nach Gründung der DDR, als nun die Staatsgrenzen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates zuverlässig geschützt werden mußten.



Wachtmeister
Gerhard Hofert

geboren 2. 2. 1924
ermordet 3. 8. 1949



Wachtmeister
Fritz Otto

geboren 22. 10. 1923
ermordet 1. 9. 1949

Einen Eindruck von der Wirksamkeit der Grenzsicherung damals vermitteln auch einige Zahlen: Vom 1. Juni 1948 bis 1. Juli 1949 nahm die Grenzpolizei 214 Spione und Saboteure, 2418 kriminelle Verbrecher, 668 Großschieber und 2 115 Schmuggler fest und stellte neben großen Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchswaren aller Art 73 Maschinen und 1 313 Fahrzeuge sicher. 226 300 der insgesamt 228 947 im zweiten Halbjahr 1948 festgenommenen Grenzverletzer wurden an der Demarkationslinie, dagegen nur etwa 900 an der Grenze zu Polen und rund 1 800 an der Grenze zur CSR gestellt. Im ersten Halbjahr 1949 lag der Schwerpunkt der Grenzverletzungen mit 256 272 zu 278 beziehungsweise 798 noch eindeutiger an der Demarkationslinie.

Die Grenzpolizei trug an der Seite sowjetischer Truppen dazu bei, daß sich die antifaschistisch-demokratische Umwälzung erfolgreich vollziehen konnte und daß sich die neue, demokratische Ordnung trotz imperialistischer Spaltungs-, Erpressungs- und Kriegspolitik behauptete und weiter festigte.

AKTIVISTEN der ersten Stunde

Besondere Verdienste erwarben sich jene Kommunisten und Antifaschisten, denen die Partei führende Funktionen in der Grenzpolizei übertragen hatte. Einige von ihnen seien hier, stellvertretend für viele andere, genannt:

Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), dem die Grenzpolizei unterstand, war seit April 1948 Dr. h. c. Kurt Fischer. Bereits während seines Lehrerstudiums wegen aktiver Teilnahme am Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution von der Reaktion verfolgt, mußte er, seit 1919 Mitglied der KPD, 1921 in die Sowjetunion emigrieren, wo er an deutschen Schulen unterrichtete. Im Jahre 1923 nach Deutschland zurückgekehrt, arbeitete er als Redakteur an Zeitungen der KPD und danach als Sekretär der Bezirksleitung der Partei in Mecklenburg. Wenige Jahre später wurde er erneut zur Emigration gezwungen und kämpfte weiter für ein besseres Deutschland. Nach der Befreiung vom Faschismus war er Oberbürgermeister in Dresden, 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen und ab Oktober 1946 Innenminister der Landesregierung Sachsen. Nach der Gründung der DDR übernahm er die Funktion des Chefs der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei und war Mitglied der Volkskammer der DDR. Bis zu seinem Tode am 22. Juni 1950 setzte er sich unermüdet für den Aufbau bewaffneter Organe der Arbeiter und-Bauern-Macht ein.

Auch in den Ländern lag die Führung der Grenzpolizei in den Händen von klassenbewußten Arbeitern und bewährten Antifaschisten.

Volkspolizei-Inspekteur Claus Mansfeld war Leiter der Abteilung Grenzpolizei in Mecklenburg. Der Sohn eines Landarbeiters und gelernte Bootsbauer trat 1923 in die KPD ein. Wegen seines Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse verfolgte ihn die Reaktion bereits in der Weimarer Republik und ließ ihn durch ihre Klassenjustiz wegen „Hochverrats“ inhaftieren. Vom 2. März bis Ende Juli 1933 in „Schutzhaft“ genommen, stand er bis in die Maitage 1945 unter Polizeiaufsicht. Ihr zu begegnen und der Sache der Partei treu zu bleiben erforderte Standhaftigkeit, Verschwiegenheit und Optimismus. In der Grenzpolizei hatte er leitende Funktionen im Stab des späteren Kommandos inne. So war er als Leiter der Abteilung Grenzdienst eingesetzt. Als Kommandeur der Bereitschaftspolizei hatte er maßgeblichen Anteil an den Sicherungsmaßnahmen des 13. August 1961.

Mit Befehl 71/49 des Präsidenten der DVdI vom 20. Juli 1948 wurde Volkspolizei-Obererrat Gerhard Prüfer, bisher Kommandeur der Grenzbereitschaft Benneckenstein, als Leiter der Abteilung Grenze in Mecklenburg eingesetzt. Auch er war Mitglied des Jungspartakusbundes, des Kommunistischen Jugendverbandes und der KPD. Er bewährte sich beim Aufbau der Grenzpolizei und zeichnete sich besonders bei der Rückführung von FDJlern aus Westdeutschland aus, die am Deutschlandtreffen 1950 in Berlin teilgenommen hatten und bei Herrnburg an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert werden sollten. Ministerpräsident Otto Grotewohl sprach in einem persönlichen Telegramm von der hervorragenden Unterstützung der jungen Friedenskämpfer und dankte Inspekteur Gerhard Prüfer im Namen der Regierung der DDR.

Leiter der Abteilung Grenzpolizei im Land Brandenburg war Volkspolizei-Inspekteur Fritz Neidhardt. Die Erfahrungen des harten Lebens als Landarbeiter und das Erlebnis des zweiten Weltkrieges, dem auch drei Brüder zum Opfer fielen, führten im Mai 1944 zu seinem Entschluß, auf die Seite der Roten Armee überzutreten.

Im Auftrage des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ nahm er an mehreren Fronteinsätzen, unter anderem im Abschnitt der 1. Baltischen Front, teil. Im Juli 1945 trat er in die KPD ein. Ab August trug er in leitenden Funktionen zum Aufbau der Volkspolizei im Land Brandenburg bei. Von April 1948 an leitete er die Einrichtung der Grenzbereitschaft Eidena zur Überwachung der Demarkationslinie. Im August 1949 übernahm er die Leitung der Grenzpolizei im Land Brandenburg.

Volkspolizei-Inspekteur Josef Schütz war der erste Leiter der Abteilung Grenzpolizei in Sachsen-Anhalt. 1911 im böhmischen Industriestädtchen

Pernink (Kreis Karlsbad) geboren, ging er 1938, nach der widerrechtlichen Einverleibung von Böhmen und Mähren als Protektorat in das „Deutsche Reich“, mit Gesinnungsgenossen in den Widerstand und emigrierte in die Sowjetunion. 1944 nahm er als deutscher Kommunist und Partisan am Slowakischen Nationalaufstand teil. In der Uniform eines Rotarmisten sprang er mit dem Fallschirm in der Niederen Tatra ab und kämpfte als Politikommissar des Partisanenbataillons „Vorwärts für den Sieg“ an den Brennpunkten des Slowakischen Nationalaufstandes. Josef Schütz gehörte zu den 6 Bürgern der DDR, die 1964 aus der Hand des Präsidenten der ČSSR den Stern der Partisanen und die Dukla-Medaille erhielten. Chefinspekteur der VP Schütz war vom 16. September 1946 bis zum 24. Dezember 1949 Leiter der Hauptabteilung Grenzpolizei.

Die Funktion des Leiters der Abteilung Grenzpolizei Sachsen-Anhalt übernahm danach Volkspolizei-Inspekteur Kurt Höfer. Als klassenbewußter Arbeitersohn trat er am 1. Mai 1930 dem Kommunistischen Jugendverband bei. 1937 wurde er Mitglied der KPD. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ mußte er über 3 Jahre in faschistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen zubringen. Ab Januar 1937 nahm er als Interbrigadist am Freiheitskampf des spanischen Volkes teil. Er kämpfte vor Madrid und im Jaramatal, war Zugführer im Thälmann-Bataillon und später Kompanieführer der 86. Brigade Mixta. Nach Beendigung der Kämpfe wurde er mit seinen Kameraden in Frankreich interniert. In der Grenzpolizei leitete er später die Hauptabteilung PK und wurde dann Kommandeur einer Grenzbereitschaft am „Ring um Berlin“.

Leiter der Abteilung Grenzpolizei in Sachsen war Volkspolizei-Inspekteur Helmut Fuchs. Seiner sozialen Herkunft nach Arbeiter, erlernte er den Beruf eines Elektromechanikers. 1921 trat er in den Jungspartakusbund ein. 1932 wurde er Mitglied der KPD. Wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit kerkerten ihn die faschistischen Machthaber von 1933 bis 1937 ein und zwangen ihn später in das Strafbataillon 999. In der Grenzpolizei war er später der erste Leiter der Offizierschule Sondershausen und danach Kommandeur einer Grenzbereitschaft.

Die Abteilung Grenzpolizei Thüringens leitete ab Mitte 1949 der Volkspolizei-Inspekteur Hans Jopp. Der Arbeitersohn war zunächst der Sozialistischen Arbeiterjugendorganisation beigetreten. 1932 entschloß er sich, Mitglied der KPD zu werden. Er arbeitete in der Landesleitung Groß-Thüringen. 1933 verhafteten ihn die faschistischen Machthaber und inhaftierten ihn bis zum Frühjahr 1936. Danach beteiligte er sich an der illegalen antifaschistischen Arbeit in Deutschland. 1945 wurde er Polizeianwärter, später leitete er die Schutzpolizei im Land Thüringen. Nach seinem Dienst in der Volkspolizei stellte er im Bezirksvorstand Erfurt der GST seine Klassenkampf Erfahrungen für die Wehrezüchtung der Jugend zur Verfügung.

Den Leitern standen hervorragende Politarbeiter zur Seite, durchweg erfahrene Kommunisten. So der Volkspolizei-Inspekteur Bernhard Behnke, der als PK-Stellvertreter des Leiters der Abteilung Grenzpolizei in Brandenburg tätig war. Der Sohn eines Landarbeiters und gelernter Tischler trat 1930 dem Kommunistischen Jugendverband und 1932 der KPD bei. Im Jahre 1933 verhafteten ihn die Faschisten und verschleppten ihn für 18 Monate in ein Konzentrationslager. Nach seiner Entlassung setzte er den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur fort. 1937 wurde er erneut verhaftet, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Brandenburg eingeliefert, später dann im KZ Sachsenhausen eingekerkert und schließlich in ein Strafbataillon gepreßt. Nach der Befreiung arbeitete er in Parteifunktionen und wurde im Juni 1948 als PK-Stellvertreter in der Volkspolizei eingesetzt. Später leitete er die Politabteilung in der Grenz Bereitschaft Pirna.

Als PK-Stellvertreter arbeitete in Sachsen-Anhalt Volkspolizei-Inspekteur Albert Giebel. Seit 1933 gehörte er der KPD an. 1934 emigrierte er nach Frankreich und kämpfte ab 1936 als Interbrigadist in Spanien gegen den Faschismus. Er war Kommandeur einer Flakbatterie. Nach der Niederlage der Spanischen Republik emigrierte er erneut nach Frankreich, dessen Regierung ihn 1940 der Gestapo auslieferte. Bis 1941 kerkerten ihn die Faschisten zunächst im Zuchthaus Coswig und danach in den Konzentrationslagern Neuengamme und Sachsenhausen ein. In der Grenzpolizei war er später als Kommandeur einer Grenz Bereitschaft und als langjähriger Leiter des zentralen Kaderorgans in der Hauptverwaltung beziehungsweise im Kommando der Deutschen Grenzpolizei tätig.

Stellvertreter PK in der Abteilung Grenzpolizei Thüringens war Volkspolizei-Inspekteur Ernst Römer. Am 26. Februar 1900 in Jena geboren, wurde seine frühe Jugend vom ersten Weltkrieg geprägt. Seine Lehre als Polsterer und Dekorateur konnte er nicht beenden. Die Kriegs- und Nachkriegsereignisse bestimmten seine politische Entwicklung. Der bewaffnete Schutz eines Soldatenrates, die Teilnahme an der Entwaffnung der reaktionären Bürgerwehr während des Kapp-Putsches sind Stationen seines politischen Lebens. Sie führten ihn folgerichtig in die Kommunistische Partei, deren Mitglied er 1921 wurde. Während der faschistischen Diktatur mehrfach verhaftet, hielt er immer Verbindung zu Widerstandsgruppen. Im April 1945 war er maßgeblich an der Neugründung der KPD in Apolda beteiligt. Ab Juni 1945 war er Polizeidirektor in Apolda.

All diese Genossen und mit ihnen viele andere Führungskader der Grenzpolizei stellten ihre in der harten Schule des Klassenkampfes erworbenen Erfahrungen den Jüngeren selbstlos zur Verfügung, als es galt, eine neue Ordnung zu errichten. Sie lehrten die jungen Kader vor allem, daß Grenzdienst stets Klassenauftrag ist.

Nur für den Dienstgebrauch

Schulungsheft Nr. 5 für Polizeiverwendung

Inhalt:

- I. **Grundausbildung**
 - Einzelausbildung ohne Waffen
 - Ausbildung mit der Pistole
 - Gruppenausbildung
 - Zugausbildung
- II. **Waffen- und Schießausbildung**
 - Unterweisung am Karabiner 98 K
nach DVP Nr. 69

Herausgegeben von der DVdi Hpt.-Abteilung Schulung
für den allgemeinen Schulungstag im Monat Juni-Juli 1949

Aktivisten Konferenz
Der Thüringer Grenzpolizei und
Bereitschaften

Als
Aktivist

für die Sicherung der antifaschistisch-
demokratischen Ordnung
im Kampf für Einheit und gerechten Frieden
für Erfüllung und Sicherung des
2. Jahresplanes

bewährte sich der

Volkspolizist

Wm. Schubert, Ernst



W. Schubert
Pol. Inspekteur P.R.

Meimar im Mai
1949

W. Schubert
Pol. Inspekteur

Urkunde über die Auszeichnung des Volkspolizisten Wachtmeister Ernst Schubert.
Mai 1949